

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Riesa.
Grunn Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa; sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1590
Strolache Riesa Nr. 52.

Nr. 238.

Mittwoch, 5. Oktober 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 5.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (7 Silben) 1.50 Mark, Ortspreis 1.25 Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittelungsgebühr 50 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zucker betr.

Die bei den Zuckerverkaufsstellen einschließlich der Konsumvereine noch vorhandenen Bestände an Zucker, die nach der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 14. Sept. — Sächsische Staatszeitung Nr. 218 — und der Zwangsverwaltung unterliegen, hat das Wirtschaftsministerium bereitgestellt festgelegt, daß sie von den Verkaufsstellen in kleineren Mengen, im einzelnen nicht über 1/2 Pfund unter Einhaltung der bisherigen Verkaufsregeln abgesetzt werden dürfen. Dabei wird in erster Linie auf die Versorgung von Familien mit Säuglingen und kleinen Kindern Bedacht zu nehmen sein.

Die in Frage kommenden Haushaltungsvorstände haben sich von der Ortsbehörde eine Bescheinigung darüber erteilen zu lassen, daß in ihrem Haushalt Säuglinge und kleine Kinder zu versorgen sind. Diese Bescheinigung ist dem Kleinhändler des Konsumvereins vorzulegen.

Ein Recht auf den Bezug von Zucker steht selbstverständlich nur insoweit zu, als überhaupt noch Bestände vorhanden sind und wird deshalb empfohlen, sich vorher mit dem Kleinhändler, bei dem bisher der Zucker bezogen worden ist, ins Vernehmen zu setzen.

Wegen Händler, die Zucker über den bisherigen Höchstpreis hinaus absetzen, wird gegebenenfalls eingeschritten werden.

Großenhain, am 4. Oktober 1921.

747 a III.

Der Kommunalverband.

Schulärztliche Beratungsstunden.

Vorn. 9—10 Uhr im Schularztzimmer der Karolafabrik. Eingang: Haupteingang.

Für Knaben:

6. Oktober
20. Oktober
3. November
17. November
1. Dezember
15. Dezember

Für Mädchen:

13. Oktober
27. Oktober
10. November
24. November
8. Dezember
22. Dezember

Der Rat der Stadt Riesa, am 5. Oktober 1921.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 5. Oktober 1921.

Opern- und Operettenaufführung. Wir möchten auch an dieser Stelle nochmals den Besuch der heute abend 8 Uhr im Hoftheater Saale stattfindenden Opern- und Operettenaufführung wärmstens empfehlen, zumal der Reingewinn unsern bedürftigsten Einwohnern zukommen soll. Auch wird der Dichterkomponist Karl Fennbaur mit seiner Gattin anwesend sein. Die kleine Operette: „Sein Sie vorzüglich!“ enthält eine reizvolle, höchst melodienreiche Musik. Ihr Inhalt enthält keinen Humor und steht hoch über den Werken, die manchmal in unserer Stadt als Operetten gegeben worden sind. Zugleich ist Gelegenheit, eine seit langer Zeit entbehrt gute Orchestermusik zu hören. Karten sind noch für alle Plätze zu haben.

Der 2. Sächsische Handwerkerkongress findet, wie bereits gemeldet, am 8. und 9. Oktober in Leipzig statt. Er soll ein Verzeichnis des sächsischen Handwerks zur Arbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes bringen, aber auch ein Verzeichnis zu einem reiflichen Zusammenschluss auf sachlicher und beruflicher Grundlage bedeuten. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem folgende Punkte: Neuordnung der Berufsvertretung des Handwerks und die Verhältnisse in Sachsen, die Umformung im Handwerk (Dr. Engelhardt-Planen), Förderungsbearbeitung auf dem Gebiete des Berufswesens (Generalsekretär Vartisch-Dresden) und die Alterssicherung für das sächsische Handwerk. Nachmittags findet 4/5 Uhr eine Geländeaufführung des Dommors unter Leitung von Herrn Prof. Wohlgenannt am Volkshausplatz Leipzig das Sächsische Handwerk zu einem Begrüßungsabend nach der Friedrich-Hallen eingeladen. Am Sonntag vormittag wird vor der Hauptversammlung eine Deputation aus den Gründern bedeutender Handwerksvereine auf dem Sächsischen Kongress als Repräsentanten der Dankbarkeit niederkommen und dann beginnt 10 Uhr die Rundgebung in der Alberthalle, die gegen 5000 Personen faßt. Es sind folgende Vorträge vorgesehen: Die Stellung des Handwerks zur Wirtschaft und Sozialpolitik der Gegenwart (Eduard Weiler-Dresden), Handwerker- und Steuerleggebung (Obermeister-M. S. H. Wiener, Chemnitz), die Bedeutung des Handwerks für unser Volkswesen und unsere Volkswirtschaft (Witgermeister a. D. Dr. Oberle-Dresden). In die Rundgebung schließt sich ein Vortrag an. Abends finden Gruppenzusammenkünfte nach Vereinbarung statt. Die Anmeldungen versprechen eine mächtige Rundgebung des gesamten sächsischen Handwerks.

Schutz der Kriegshinterbliebenen gegen Zwangsvollstreckung. Nach Ablauf der durch Gesetz vom 22. Dezember 1920 bis zum 1. Juli 1921 verlängerten Gültigkeit des zum Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung erlassenen Gesetzes ist von einer Verlängerung dieses Schutzgesetzes abgesehen worden, da nach übereinstimmender Ansicht der zuständigen Reichs- und Landesbehörden der Zweck des Gesetzes durchaus erreicht war. Die Kriegsteilnehmer sind inzwischen in den weitest möglichen Fällen, wieder in der Lage, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse allein zu regeln; ein weiterer gesetzlicher Schutz würde ihrer Selbstständigkeit und auch ihrer Kreditfähigkeit Abbruch tun. Anders sehen in dieser Beziehung die Kriegshinterbliebenen da. Infolge des Todes ihres Ernährers sind sie nicht nur materiell, sondern auch in der Regel wegen ihrer Unkenntnis der Verhältnisse und Unschicklichkeit einerseits, andererseits, insofern abmahnenden Schicksal, und zwar sowohl auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung, wie überhaupt bei der Prozessführung in den Kriegshinterbliebenen gewährt worden. Zwar ist in Gesetzesform, wohl aber durch die Einführung eines zweckentsprechenden den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Zusammenwirkens zwischen den Prozessgerichten und den Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge, auf

Karegung des Reichsarbeitsministers hat der Reichsjustizminister am 29. April 1921 ein Rundschreiben (vergl. Reichs-Verordnungsblatt Jahrg. 1921 Nr. 37 Nr. 687) an die Landesjustizverwaltungen gerichtet, in welchem die Gerichte veranlaßt werden, sich aus Feststellungen zu treffen, ob es sich bei den Beklagten um schuldbedürftige Kriegshinterbliebene handelt. Kommen solche in Frage, dann werden die Gerichte sofort den Fürsorgestellen Mitteilung machen und diese Stellen dadurch in die Lage versetzen, mit größter Beschleunigung zu prüfen, ob ein Eingreifen der Fürsorge nach Lage des Falles notwendig erscheint. Die erforderlichenfalls abzuwendende Tätigkeit der Fürsorgestellen hat dahin zu wirken, daß durch Verhandlungen mit den Gläubigern erleichterte Zahlungsbedingungen, Stundung, Verabreichung der Schuldsumme usw. vermittelt werden. Sie hat ferner für Vorkauf von Mitteln und Vergabe von Darlehen Sorge zu tragen, aber auch andererseits der pünktlichen Innehaltung der für die Verpflichteten erwirkten günstigeren Zahlungsbedingungen Beachtung zu schenken. Es darf erwartet werden, daß durch dieses Zusammenwirken von Gerichten und Fürsorgestellen wirtschaftlichen Schädigungen der Kriegshinterbliebenen in vielen Fällen vorgebeugt werden wird. Soweit ausnahmsweise einzelne Kriegshinterbliebene zur Führung ihrer Angelegenheiten einschließlich etwaiger Prozesse nicht in der Lage sein sollten, werden die Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge jedenfalls ohne weiteres eintreten und ihnen Schutz und Hilfe angedeihen lassen.

Keine Vollmacht. Söhne und Schläglinge in Ostwestfalen. Es ist in letzter Zeit beobachtet worden, daß in Konditoreien, Gast-, Schenke- und Speisewirtschaften, sowie in Erfrischungsräumen falsche Vollmacht, Söhne und Schläglinge verabreicht werden. Nach der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 ist dies verboten. Ferner ist die Herstellung gefälschter Söhne (Schlagahne) oder Schenkepulver verboten.

Verteuerung des Bäckers. Ueber die Ausflüchte der hiesigen Bäckerei wird geschrieben, daß die Erhöhungen vom Juni auf etwa 26 Millionen Renten infolge der schlechten Bitterung wohl nicht erreicht werden, sondern nur etwa 22 bis 23 Millionen Renten. Die Rüben stehen gut in den nördlichen Bezirken Mecklenburg, Brandenburg, Pommern, während in Mitteldeutschland mit großen Ausfällen, im Rheinland und Süddeutschland mit einer mittleren Ernte und in Ostpreußen, soviel bisher bekannt, mit einer Mähernte gerechnet werden muß. Trotzdem glaubt die Bäckereiindustrie den deutschen Bedarf decken zu können. Das bisherige Verteilungssoll betrug 23 Pfund pro Kopf und Jahr (gegen 40 bis 42 Pfund vor dem Kriege in Deutschland, 72 Pfund in Amerika). Es können nach der neuen Ernte etwa 35 bis 37 Pfund pro Kopf zur Verfügung gestellt werden, die von der Bäckereiindustrie verteilbar in den freien Handel gebracht werden, um die gleichmäßige fortlaufende Verteilung des Bedarfs möglichst zu sichern. Der Bäckereiwirtschaft ist für die nächsten drei Monate Oktober bis Dezember aus Anlaß der stark gestiegenen Rohstoffpreise, Wähne und Rübenpreise um 50 Mark auf 350 Mark pro Zentner für weiche Ware ab Raffinerie (Grundpreis ab Magdeburg) festgesetzt worden, was einer Erhöhung von 50 bis 60 Pf. pro Pfund im Handel entspricht. Der Rübenanbau ist gegen das Jahr 1920 um 22 Prozent gestiegen und bleibt demnach hinter dem der Vorkriegszeit nur um 23 Prozent zurück. Die Zuckerindustrie ist in der Ansicht, den Anbau auch weiterhin fördern zu können, so daß eine weitere Steigerung ihrer Produktion bis zum Vorkriegsstande erfolgen kann, obwohl wir in Polen und Westpreußen 20 bis 25 Prozent der Erzeugung eingebüßt haben.

Erweiterter Schutz der Kleinrentner. Nach dem Gesetz über das Reichsnotopfer sind bei einem Feuerbehalten Vermögen von nicht mehr als 150 000 M. bei Abgabepflichtigen im Alter von 45 bis 60 Jahren ein Viertel und bei solchen im Alter von über 60 Jahren ein Drittel des

feuerlosen Vermögens bis zu 50 000 Mark abzugeben, wenn der Abgabepflichtige am 31. Dezember 1919 kein Recht auf Pensionen oder Hinterbliebenenfürsorge hat. Diese Vermögensminderung findet nach einer Verordnung des Reichsfinanzministers auch Anwendung, wenn diese Abgabepflichtigen am 31. Dezember 1919 ein Recht auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge hatten, sofern am Stichtage der Jahresbetrag der Bezüge 1000 Mark nicht überstieg und das steuerbare Vermögen zu mindestens vier Fünfteln aus Kapitalvermögen bestand.

Die Hilfsaktion für die Klein- und Invalidenrentner. Das „Berliner Tageblatt“ erfährt zu der von Reichskanzler in seiner letzten Reichstagsrede angekündigten großen Aktion für die bedürftigen Schichten des deutschen Volkes, besonders für Rentner, Pensionäre und die notleidenden Angehörigen des Mittelstandes, daß die Reichsregierung beabsichtigt, die Aktion möglichst noch vor dem Winter in Gang zu bringen. Ein Teil der Aktion sollte sich auf die Invalidenrentner beziehen, für die eine Erhöhung der sozialen Renten geplant sei. Der andere Teil des Unterstützungswertes sehe eine Unterstützung der bedürftigen aller Kreise vor. Man habe hierbei vornehmlich an die Kleinrentner gedacht. Für diese Aktion würde ein Milliardenbetrag aufgebracht werden müssen.

Neue Briefmarken. Die Reichsdruckerei hat nach Vorlage des Briefmarkenwettbewerb eine neue Reihe von Briefmarken fertiggestellt. Es sind dies Marken im Werte von 60, 80, 100, 120, 150 und 160 Pfennig. Der Entwurf stammt von dem Münchner Maler Paul Koll, der bei dem Briefmarkenwettbewerb mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden war.

Die Erhöhung der Postgebühren. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ berichtet: Der Beirat der Reichspostverwaltung befaßt sich in den nächsten zwei Wochen mit einem Gebührenentwurf, der eine Steigerung der bisherigen Sätze um etwa das zehnfache des Friedenspreises vorsieht. Postarten im Dissovertete sollen 50, im Reich 75, Telegramme 50 Pf. das Wort, Briefe bis 2 Mark je nach Gewicht und Reich, Pakete vier bis sechs Mark kosten. Begründet wird die Erhöhung dadurch, daß die Reichspostverwaltung einen Fehlbetrag von 2 945 000 000 M. aufzuweisen hat.

Reineinstellungen bei der Landespolizei. Bei der Landespolizei macht sich die Reineinstellung einer größeren Zahl von Hilfsbeamten erforderlich. Für geeignete junge Leute bietet sich dadurch die Möglichkeit einer auskömmlichen Anstellung. Sie werden zunächst einige Monate polizeischulmäßig ausgebildet werden. Besuche um Anstellung sind bei der Landespolizeiverwaltung Dresden, Abteilung Cw. einzureichen und am Kopfe mit dem Stichwort „Polizeischule“ zu versehen. Beizufügen sind Schul-, Fach- oder Fortbildungsschulzeugnisse und ein Lebenslauf, aus dem der Name, Geburtsort, -jahr und -ort, Zivilstand, Größe und Staatsangehörigkeit hervorgeht, in dem ferner die Orte angegeben werden, wo der Geschickliche zurzeit wohnt oder sich längere Zeit aufhalten hat. Bedingungen für die Anstellung sind: Körperliche und geistige Eignung, Reife für den Polizeiberuf, Lebensalter 19—20 Jahre, Größe mindestens 1,68 Meter, sowie daß der Anzustellende unbeschäftigt und ledig ist. Eine waffentechnische Ausbildung ist jedoch nicht erforderlich.

Kann der Arbeitgeber wegen Nichtanerkennung der Arbeitsordnung bestraft werden? Gewerbeordnung und Betriebsratsgesetz ergeben dem Arbeitgeber lediglich die Pflicht auf, den Entwurf einer Arbeitsordnung der Betriebsvertretung zur Stellungnahme zu unterbreiten. Wehret sich die Betriebsvertretung nicht, oder kommt im Verhandlungswege keine Einigung zustande, so können beide Teile den Schlichtungsausschuss anrufen, der alsdann eine endgültige, bindende Entscheidung trifft. Erfolgt kein Antrag des Schlichtungsausschusses, so bleibt zunächst die alte Arbeitsordnung in Kraft, da keine neue rechtsgültig zustande gekommen ist. Für den Arbeit-

geder behält also seine Pflicht, den Schlichtungsanspruch anzuerkennen, er kann natürlich nicht bekräftigt werden, wenn infolge der abweichenden Haltung der Polizei keine Verurteilung erfolgt ist. Diese Frage ist in Nr. 20 der „Mitteilungen“ des Deutschen Anwaltsvereins, Leipzig, Dresden, (Geschäftsführer Gröbner) behandelt, unter Abdruck eines landgerichtlichen Urteils, das diese Rechtsfrage schlichtet. Die entscheidende Entscheidung hatte die Verurteilung des Arbeitgebers ausgesprochen.

— **Besteuerung der Eisenfrachten.** Die an der Eisenbahn beteiligten Reichsbahn haben ihre Frachttarife nach den Stationen der Mittelbahn um 0,47 Mark bis 1,61 Mark und nach den Stationen der Oberbahn von 0,66 Mark bis 1,95 Mark für je 100 Kilogramm erhöht.

— **Entlassung des Leutnants v. Brosch.** Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt dem Leutnant-Sachdienst mit: Das Gesuch des Leutnants von Brosch um Entlassung aus der Landespolizei ist unter seiner sofortigen Entlassung vom Dienst genehmigt worden. Sein Austritt mußte erfolgen, weil er Führer einer verbotenen militärischen Organisation war.

— **Evangelisch-lutherische Landes-synode.** Die Verhandlungen der seit dem 11. März ds. J. vertagten Synode werden voraussichtlich am Donnerstag, den 20. Oktober ds. J., wieder beginnen und schätzungsweise etwa 8—10 Tage dauern. Gegenstand der Beratungen wird hauptsächlich die neue Gesetzentwurf der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens sein.

— **Gräber.** Die Herren Franz Kemus und Louis Große möchten am 1. Oktober 25 Jahre in dem Hause des Herrn Otto Dage, Kiefernstraße 16. Das Haus war bei ihrem Eingange vor 25 Jahren gerade fertiggestellt.

— **Räuber.** Nächsten Sonntag veranstaltet die diesjährige Festwoche zum Gedenken der Ferienkolonie 1922 einen Theaterabend mit anschließendem Tanz im Waldschloßchen. Die Regie und Leitung liegt in alten bewährten Händen, und man kann bestimmt auf einige angenehme Stunden rechnen. Da die Ferienkolonie-Kasse in diesem Jahre ein tüchtiges Loch bekommen hat, im nächsten Jahre aber, durch die diesjährigen guten Erfolge angeregt, noch mehreren Kindern ein Sommeraufenthalt ermöglicht werden möchte, wäre den Verantwortlichen ein volles Haus zu wünschen.

— **Diebstahl.** Wie der „Och. Gemeinn.“ mittelt, ist es vergangene Woche der Gendarmerie nach langen Schmierigkeiten gelungen, eine Bande zu stellen, der die vielen Diebstähle, die in den letzten Monaten in der Lampsdorfer Gegend verübt wurden, zur Last zu legen sind. In letzter Zeit ging die Bande sogar nach den Feldbrüchtern, es fielen ihr ca. 100 Zentner Kartoffeln in die Hände. Soweit sie jetzt bekannt, gehören zu dieser Bande Fleischbeschauer Sch. mit Wädern und der Schlosser M., beide aus Lampsdorf. — Sonntagabend in der lebenden Stunde wurde auf der Dählener Straße der Großhändler wieder ein Raubanfall ausgeübt. Der Sohn eines hiesigen Fleischhauers fuhr mit einem Wägen auf einem Gefähr. Da eroberten sich hinter ihnen zwei Männer aus dem Straßengraben; einer derselben schob ein Signal. Die Kugel ging zwischen den beiden jungen Leuten durch. Die Gendarmeriestation wurde benachrichtigt.

— **Diebstahl.** Die Diebstahlfälle nehmen hier recht überhand, weshalb sich die Amtshauptmannschaft veranlaßt sieht, folgende Warnung zu erlassen: Aus den Kreisen der Landwirtschaft mehrten sich die Klagen über das Ueberhandnehmen der Diebstahlfälle. Es liegt nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern auch im Interesse der Einzelnen, daß das Stehlen von Feldbrüchtern unterbleibt. Die Diebstahlfälle haben nicht nur eine Schädigung der Volkswirtschaft und der Wirtschaft der Landwirtschaft zur Folge, sondern wirken auch schädigend auf die Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Wenn die Amtshauptmannschaft hiermit vor weiteren Diebstahlfällen eine dringende Warnung an die Bevölkerung ergehen läßt, unterläßt sie nicht, darauf hinzuweisen, daß in erster Linie diejenigen Kreise der Bevölkerung entgegen müssen, die nicht selbst Grund und Boden zur Erzeugung der erforderlichen Nahrungsmittel besitzen. Daß den wegen Feldbrüchtern zur Anzeige gelangenden Personen auf Grund des Vor- und Feldbrüchternes empfindliche Bekämpfung widerfährt, darauf soll noch besonders hingewiesen werden.

— **Diebstahl.** In dem Straßengraben der Ramener Straße wurde unweit des Krankenhauses ein 60 Jahre alter Former aus Viebisch, der sich auf der Wandererschaft befand, als Leiche aufgefunden. Als Todesursache wurde Herzschlag infolge allzuvielen Alkoholgenußes festgestellt.

Man färbe daheim nur mit echtem Braunsches Stoffbräun und fordere die behrrelche Gratisbroschüre No. 2 von Wilhelm Brauns, Gesellschaft m. beschr. Haftung, Quedlinburg a. H.

Er kann alles.

Novelle von Anton Dorn.
5. Fortsetzung.

Wälder hatte sich beinahe herzlich von dem lieben Mädchen verabschiedet und wandte sich, ohne in das Haus zu treten, nach dem Walde. Auf seinem Wege stellte er unwillkürlich Vergleiche an zwischen Elise und Martha, und sie fielen sehr zuungunsten der ersteren aus. An einer kleinen Quelle setzte er sich nieder; das klare Wasser rieselte ihm zur Seite über die weißen, glänzenden Ähren, das Moos, auf dem er sich lagerte, war von welcher Frische, der liebe blaue Himmel sah durch die Zweige herab, und bereinigte Sonnenstrahlen ätzten auf den kleinen blauen Blüten am Rande des Wasserchens. Da zog er sein Etagebuch aus der Tasche und fing an zu zeichnen, und es wurde unter seiner Hand der schöne, freundliche Mädchenkopf mit den hellen, klugen Augen und dem kindlich anmutigen Bächeln. Als er fertig war, betrachtete er das Bildchen selbst mit unerkennbarem Wohlgefallen; er prüfte einige Verhältnisse und legte sie dazu in das Buch.

Schon laß darauf trat er wieder mit Martha zusammen. Er hatte einen Nachmittagsausflug gemacht. Dunke Wetterwolken, die am Himmel aufstiegen, nötigten ihn zur Umkehr, aber er hatte Raubtal noch nicht ganz erreicht, als der Regen bereits mit Heftigkeit niederströmte. In seiner Regen sah er eine halbverfallene Hütte, ein altes Dittchenhaus, dahin schaute er; wie er aber eintrat, sah er zu seinem freudigen Erstaunen, daß er nicht allein war; Martha stand wie ein schüchternes Mädchen in eine Ecke gebückt, aber sie lächelte ihm freundlich entgegen und sagte: „Gott sei Dank, daß ich bei diesem Unwetter nicht allein in diese Hütte gejagt worden bin.“

Er reichte ihr die Hand zum Grube.
„Mädchen Sie sich denn?“ fragte er.
„Oh, Sie werden sagen, ich sei ein törichtes Kind, aber ich bin wirklich dumm, wenn ich bei einem schweren Gewitter allein bin.“

„So wäre es Ihnen wohl ganz gleichgültig gewesen, wenn der Regen Ihnen als Gefährten ausgesprochen hätte?“
„Ja“ — sie machte, und mit einemmal ging eine leichte Hölle über ihr Gesicht — „nein, ganz gleich wäre es mir nicht; mit bösen Menschen möchte ich nicht zusammen sein, viel lieber würde ich im strömenden Regen weiter wandern.“

— **Zigschendorf bei Oranien.** Wie am wohnhaft nachmittags der Autodieriger Erben, dessen Gut am Eingang des Ortes gelegen ist, mit dem Ausbrechen von Getreide beginnen wollte und den elektrischen Motor einschaltete, entzündete augenblicklich durch Kurzschluss Feuer. Die Scheune fiel dem Brande zum Opfer. Vom Inhalt konnte nur wenig gerettet werden.

— **Kue.** In dem Streite mit blutigem Ausgange im Walde des Ritterguts Nickerlein ist noch zu melden, daß der 25-jährige herrschaftliche Vorkaufmann Paul Seidel aus Kue, der den Schuß auf einen abgesehen hat, unter dem Verdachte der vorläufigen Tötung in Haft genommen worden ist. Die Leiche des Erschossenen ist in der Seidenhalle des Friedhofs in Nickerlein-Belle gerichtlich feiert worden.

— **Kue.** Die Arbeiterschaft in der ergebirgischen Metallwarenindustrie hat nach langem Hören dem Schiedsgericht vom 20. September zugestimmt, wodurch ein Streik vermieden wurde, aber sofort die darin festgesetzten Lohnsätze für den 21. Oktober wieder gekündigt.

— **Glauen.** Bei den Wahlen am 11. auf die Liste der vereinigten sozialdemokratischen Parteien 55 und auf die Liste der Kommunisten 9 Sitze.

— **Glauen.** In der Nacht in Schneckenstein wird noch berichtet: Am Sonnabend mittags stellte sich bei dem aukundigen Gendarmen-Oberwachmeister der 17-jährige Schlosserlehrling Walter Kramer aus Schneckenstein unter der Selbstbeschuldigung, bei einem nächtlichen Kampfe seinen Vater, den Bauarbeiter Franz Eduard Kramer, erschlagen zu haben. Seitens der Staatsanwaltschaft, der Gendarmerei und der Landeskriminalgewalt wurde sofort die Untersuchung eingeleitet, der junge Kramer aber am Abend in die Gefangenenanstalt eingeliefert, da keine Angaben über den Vergehen des Vorfalls zu den Ermittlungen in Widerspruch stehen. Der erschlagene Kramer stand im 48. Lebensjahre. Die Tat ist mit einer Kugel geschehen. In der Familie scheinen wenig erquickliche Verhältnisse geherrscht zu haben, da die Mutter vom Vater getrennt lebt und die Scheidung im Gange war. Die Frau des Ermordeten ist am Montag, wie schon gestern gemeldet, ebenfalls verhaftet worden.

Bermischtes.

— **Ein Besuch im Garten Eden.** Mesopotamien ist immer ein Land der Blüten gewesen, so schreibt ein englischer Reisender, wenn wir auch daran gewöhnt sind, von ihm von dem Lande zu sprechen, in dem Milch und Honig fließt. Wenn man in Bagdad ankommt, wird man sehr schnell von dieser Milch- und Honig-Theorie bekehrt. Eines Morgens ging ich in ein kleines Fingboot, um einen Besuch in dem „Garten Eden“ zu machen. Die Rieche des Schat-el-Arab hinauf, ist in der Tat sehr interessant, aber die Bilder sind recht verschieden von denen, die wir in Europa zu sehen gewohnt sind. Die Ufer sind nicht bedeckt mit Dattelpalmen, und in den Monaten März bis September kann man die Datteln in großen Büscheln an den Gipfeln der Bäume hängen sehen. Ein und wider erzählt man Anekdoten von Dämonen, Raubtieren, Schlangen usw., die den Fluß hinabtreiben, und wenn ein solcher an das Ufer getrieben wird, so fangen sich zahlreiche Schakale und Geier an ihn. Ein anderer interessanter Anblick war der Harem eines alten Araber Scheichs, von dem erzählt wurde, daß er 190 Frauen hätte. Als wir in Kurna, das von vielen Autoritäten und von den Arabern als der Garten Eden angesehen wird, eintrafen, gingen wir an Land, und das erste, was wir sahen, war ein alter Baum, der augenscheinlich schon seit vielen hundert Jahren abgestorben war. Dieser Baum war von den Arabern umgestürzt worden, die sich die Rinde gemacht hatten, ihn mit Stangen zu hängen, da sie glaubten, daß es der Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen, von dem in der Genesis erzählt wird, ist. Das Dorf Kurna liegt am Ufer des Tigris, und in seiner Nähe teilt sich der Schat-el-Arab in den Tigris und Euphrat. Es ist nicht groß, aber dicht bevölkert; die Einheimischen leben in Hütten aus der Sonne getrockneten Lehmziegeln, in deren Bau sie sehr geschickt sind, und ihre Hauptbeschäftigung ist die Dattelpflanzung. Eine andere Frucht, die hier gefunden wird, ist die Feige, die im Ueberflusse wächst; wenn sie in den Tagen von Adam und Eva hier ebenfalls reichlich vorhanden war, so haben diese in der Tat keine Schwierigkeiten in der Lösung der Reiferfrage gehabt. Natürlich wird man nicht erwarten, den Garten Eden so zu finden, wie wir ihn in der Bibel geschildert sehen. Ich kann nur bestimmen, daß er nicht so ist, sondern sehr trocken und überhaupt nur eine geringe Ähnlichkeit mit einem Garten aufweist. An beiden Ufern des Flusses stehen an dieser Stelle ein paar hundert Meter ins Land hinein Dattelpalmen, darüber hinaus erstreckt sich, soweit das Auge reicht, nur sandige Wüste. Das Klima ist sehr heiß. Während der Sommermonate sind Temperaturen bis zu 60 Grad C im

Schatten ganz normal; diese hohe Temperatur hält bis zum September an, dann beginnt es viel kälter zu werden, und zur Weihnachtszeit sieht man wie in Europa gar nicht selten Schnee. Bei den Menschen aller dieser Stätten, die in unserer Vorstellung eine so große Rolle spielen, wird nur bei diesem vermeintlichen Garten Eden, sondern auch an den historischen Stätten von Babylon, Ninive und anderen in Mesopotamien muß man eine Reihe Wünsche aufstellen, um sich vorzustellen, daß diese unerschöpfliche Wüste einst der Ort einer hoch entwickelten Kultur gewesen ist.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 5. Oktober 1921.

Amerika und Deutschland.

— **Der Lin.** Die neueste Nummer der Grenzboten bringt eine Uebersetzung eines Aufsatzes von Prof. John Birman Coar, der in der Weekly Review, einer dem amerikanischen Außenminister nahestehenden Zeitschrift, erschienen ist. Der Aufsatz, betitelt „Verantwortung für die Weltlage“, ist deswegen bedeutungsvoll, weil er die Einbrüche der Studienreise Prof. Coars durch Deutschland enthält. Der Aufsatz will dem Amerikaner eine Vorstellung des wirklichen Deutschlands vermitteln. Wesentlich ist darin der Satz: Unter den bestehenden Verhältnissen können die von der Entschädigungskommission geforderten jährlichen Zahlungen nicht geleistet werden.

— **Von der Abrüstungskonferenz.**

— **Samburg.** Voraussichtlich wird Irland in Amerika den Standpunkt vertreten, daß von einer Einschränkung ähnlicher Rüstungen in Frankreich nicht die Rede sein könne, bis entweder die deutsche Gefahr durch die Besetzung der rheinischen Städte bzw. des Ruhrgebietes beseitigt ist, oder England und Amerika den damals mit Clemenceau verabredeten Vernehmungsvertrag unterzeichnen. Da England und Amerika den zweiten Punkt unter seinen Umständen annehmen wollen, wäre daher das große Ziel der Washingtoner Abrüstungskonferenz unmöglich.

— **Schweizerische Missionen in Oesterreich.**

— **Wien.** Hier wurden zwei Kommunisten namens Alla Millic und Schima Markovic verhaftet, die nach ihrer eigenen Angabe vor kurzer Zeit aus Rußland eingetroffen sind, wo sie am Kongreß der Dritten Internationalen teilgenommen hätten. Bei Millic wurden über hundert Millionen, bei Markovic über eine Million Kronen gefunden.

— **Die Konferenz von Venedig.**

— **Wien.** Die Konferenz in Venedig, die sich mit der wettungarischen Frage beschäftigt, wird, soll Ende dieser Woche stattfinden. Bundeskanzler Dr. Schober wird gleich zu Beginn der Konferenz die Frage aufwerfen, welche Garantien Oesterreich nach der am Montag erfolgten formellen Räumung des Burgenlandes durch Ungarn für die tatsächliche Räumung des Landes durch Übergang von den Banden, sowie für den ungeklärten Besitz seitens der Allierten gemährt würden. Erst wenn diese Fragen in zufriedenstellender Weise geregelt sind, könnte der Bundeskanzler näheren Verhandlungen über die Frage einer Grenzregulierung beitreten. — Die „Neue Freie Presse“ erklärt, daß die am Montag erfolgte formelle Übergabe des Burgenlandes an die Entente nur eine Scheinformalität sei und keineswegs eine Erfüllung des Friedensvertrages von Trianon.

— **Sport.**

— **Leichtathletik.** Bei dem am Sonntag, den 2. Oktober 1921, in Waldheim anläßlich der dortigen Sportplatzweihfesten gefundenen leichtathletischen Wettstämpfen errang Kurt Kreß, R.S.V. im Weitprung f. G. mit 5,31 m den ersten und im 100 m-Lauf f. G. den zweiten Preis mit 12 Sekunden.

— **Die Autoprüfungsfahrt.** Am gestrigen Vormittag erfolgte in Berlin gewissermaßen als Abschluß der Berliner Autotage der Start zu der großen Autoprüfungsfahrt, die in verschiedenen Clappen von Berlin nach Heidelberg führt. Gegen 9,15 Uhr setzte sich der Führungswagen in Bewegung, dem in 100 Meter Abstand zunächst 16 Fahrzeuge der Klasse I, dann vier der Klasse III, 30 der Klasse II und schließlich 22 der Klasse IV und IVa folgten.

Goldner Klemmer
liegen geblieben. Abzuholen
Postmanns Buchhandlung.

Bergeffen Sie nicht
für Monat Oktober
das Wiener Tageblatt
heute noch zu bestellen.

Witwe ohne Anb. sucht sof.
oder später Stube mit
Kochgelegenheit in Meise od.
Umgebung. Angebote an
Goschstraße 21, 3 Et. I.

Leeres belabores Zimmer
sofort oder später zu mieten
ge sucht. Offert. unt. D 37764
an das Tageblatt Meise.

„Sie halten mich also für keinen bösen Menschen?“
„Rein“, sagte sie lächelnd. „Sie sind gut.“
„Wissen Sie das so gewiß?“
„Ich sehe es in Ihren Augen und höre es aus Ihrer Stimme.“

Wiederum erfaßte ihn jenes wunderbare Gefühl von gestern; es kam wie eine plötzliche Erregung über ihn, da er sagte:

„Wissen Sie denn, daß es mich sogar herzlich freut, mit Ihnen hier zusammenzutreffen?“

Sie schmeigte, und ihr Auge suchte zaghaft den Boden; man hörte lauter das Plätschern des Regens, ein Blitzstrahl fuhr in goldigem Blitzen nieder, und erschütterndes Donnergeröl folgte ihm nach. Martha war zusammengezuckt und unwillkürlich näher an den Gefährten herangetreten. Er hätte sie jetzt leicht umfassen und an sich drücken können, die gegenseitige furchtsame Laune, aber er streckte nicht die Hand nach ihr aus, sondern sprach nur leiser wie zuvor und mit warmer Innigkeit:

„Es ist nicht wie eine Färgung des Himmels, daß wir zwei Menschen bei dem Toben der Elemente und hier zusammenfinden müßten? Rein lebendes Wesen ist weit umher zu schauen, es ist als wären wir allein auf der Welt. Das ist ein wunderbares Gefühl und kann zu einem besessenen werden. Als ich gestern von Ihnen ging, habe ich mich im Walde niedergesetzt und das da gesehener“ — er reichte ihr sein aufgeschlagenes Etagebuch, und sie nahm es mit zitternder Hand. — „Ich habe dann diese blauen Blüten dazu gelegt, und seit ich das Bild bei mir trage, bin ich ein Trübsamer geworden, wie ich es nie war und wie ich es nicht werden möchte, obwohl es sah ist, so zu träumen. Wissen Sie, wie das gekommen ist?“

Sie schmeigte und blinzelte vor sich hin.
„Sie schmeigen; ich will es Ihnen sagen: Weil ich Sie lieb habe, Sie liebe, kleine Martha, und weil ich Sie zu meinem bestigen Kameraden haben möchte aus meiner weiteren Lebensreise, denn gerade soich ein Kamerad tut mir not. Sehen Sie, darum danke ich dem Himmel, daß er uns hier zusammengeführt hat, denn was ich Ihnen nun gesagt, braucht kein Mensch weiter zu hören, und die ganze Welt um und her könnte ausgehorcht sein. — Das kommt Ihnen aber nicht, daß der wildfremde Mann so um Ihr Herz und Ihre Hand wirbt — aber Sie sollen mir auch jetzt und heute nicht die Antwort sagen; erst wenn ich fortgehe aus diesem Leben, dann lassen Sie mich wissen, ob ich hoffen darf.“

oder entzogen muß. Bis dahin lassen Sie mit Ihr Bild, und Sie nehmen die blauen Blüten mit dem wahnenden Namen!“

Er hatte das Etagebuch aus ihrer Hand genommen und reichte ihr die Blüten, die sie mit zitternden Fingern nahm; er klappte das Buch zu, sprach ein herzliches „Gott beschützen!“ und trat hinaus in den Regen.

Einem Augenblick war es ihr, als müßte sie ihn zurückrufen, aber sie brachte keinen Laut über die Lippen und harrete nun, die Hand auf das poßende Herz gepreßt, ihm nach, wie er leichten, freien Schrittes in dem Unwetter dahinging. Wohl suchte noch einmal der Blick und wollte der Donner, aber ihre Fahrt war verschwunden, und in ihrer Brust lag es wie ein blauer, wouniger Himmel. —

Geirich Wälder war auch am nächsten Morgen getrig ausgegangen, und der Kommerziant erwartete ihn vergebens beim Frühstück. Nach diesem ging er mit seiner Schwester nach dem Stundsbühl, einer beliebten Promenade bei Raubtal, Elise aber blieb in Gesellschaft der beiden Jantex und zweier anderer Herren zurück. Sie redeten vom Tageskaffee und Ausflügen in die Nähe, die man gemeinsam machen wollte, da trat auch der Herr Jants, der bei den neuen Schließungen das Baden übernommen hatte.

„Hier habe ich eine wunderbare kleine Waffe, prächtige Arbeit, reizende Gravuren und samofer Bau; das wäre es was für Sie, gnädiges Fräulein“, sagte er.
Elise nahm ihm lächelnd die Waffe aus der Hand und beschauete sie mit offenbarem Wohlgefallen.

„Sie ist gelassen!“ sprach der Herr warneud, als sie die Hand erhob, als ob sie spielen wollte.

„Dah — hier kann ja nichts passieren — gnädiges Fräulein verheißt auch mit Waffe umzugehen — pariers drei Flischen Welt, da Fräulein von Kramer den verbotenen Stamm dort trifft — dreihlig Schritt Ahans.“

Das war die Stimme des Herrn von Wälder, der sich so vernünftig ließ. Der angegebene Stamm eines eingehenden jungen Baumes fand nahe am Canal, und seine Wurzeln lagte:

„Sollen wir nicht Heber ein anderes Objekt finden?“
„Nein — was soll hier geschehen? — Rein Mensch hier zu sein — dort drüben geht auch kein Weg hin.“ — „Auch so, Wälder.“

(Schluß folgt.)

Sächsischer Landtag.

Wf. Dresden, 4. Oktober.

Beginn der Sitzung 11 Uhr. Am Regierungstische sind die sämtlichen Minister. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung über den Gesetzentwurf betreffend

Neuwahlen in den Gemeinden.

Minister des Innern Dipinski begründet die Vorlage, durch welche die Neuwahlen in den Gemeinden, die mit anderen in Eingemeindungsverhandlungen stehen, bis zum 31. März 1922 hinausgeschoben werden können. Nach kurzer Aussprache wird der Gesetzentwurf dem Rechtsausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die Eingemeindung schlesischer Gutsbezirke. Auch diese Vorlage wird nach kurzer Begründung durch Minister Dipinski und anschließender Aussprache an den Rechtsausschuss überwiesen.

Darauf werden die von verschiedenen Seiten eingebrachten Anfragen betreffend die

Ernennung des Parteiführers Ruffel

zum Amtshauptmann von Leipzig und des Justizamtmanns Wege gemeinsam behandelt. Die Abgeordneten Köhlig (Dt. Volk), Seyfert (Dem.) und Büchner (Deutschnat.) begründen die Anfragen ihrer Parteien, besaßen sich mit dem Beamtenbeförderungssystem und dem Verhältnis der Beamten zur Politik.

Minister des Innern Dipinski nimmt in seiner Erwiderung Bezug auf bereits durch die Presse bekannte Stellungnahme des Ministeriums und sagt weiter: An der Stellung der Beamten sei seit der Verordnung vom 31. Dezember 1919 nichts geändert worden. Ueber alle wirtschaftlichen Fragen sei Uebereinstimmung erzielt worden. Tatsächlich gebe es zwischen Regierung u. Beamten keine Differenzen. Etwas anderes sei es aber, ob die Regierung den Beamten ein Ausnahmestellung zugestehen solle. Er habe als Minister zu bekunden, daß eine Verhandlung mit der Beamtenvereinschaft bei der Stellenbesetzung gesucht werden müsse. Es sei das aber nicht im Sinne der Arbeitervereinschaft. Der Arbeiter bestrebe zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage das Streikrecht. Der Beamte sei aber in seiner Stellung gesichert, sobald ihm dieses Recht nicht zugestanden werden könne. Die Regierung halte an dem Grundsatz fest, daß die Beamten sich auf die republikanische Verfassung einzustellen oder die Forderungen zu ziehen hätten. Dies hätten auch schon einige ehemalige Beamte getan. Andere seien aber trotz inneren Widerstands geblieben. Den Amtshauptmann Ruffel habe er besonders deshalb ernannt, weil er eine sichere politische Persönlichkeit sei. Der Minister schließt: Wenn wir auch heute der Rücktritt vom Amte nahe gelegt worden ist, so werde ich dem solange nicht Folge geben, wie es im Interesse der Demokratie und der Republik notwendig ist.

Justizminister Dr. Belauer verteidigt hierauf sein Verhalten im Fall Wege und gibt eine breite Schilderung der Vorgänge, die sich bei der Uebernahme Weges ins Justizministerium abgespielt hätten. Die Ernennung habe gegen seine Bestimmung über die Annahme von Hilfsarbeitern im Justizministerium verstoßen.

Darauf wird in eine allgemeine Aussprache über die Beamtenfragen eingetreten, an der sich besonders die Abgeordneten Weiske (Soz.), Wagner (Deutschnat.), Gehlein (Dt.), Plehmann (Unabh.), Stewert (Komm.) und Gerke (Deutschnat.) sowie auch Ministerpräsident Buch beteiligten. Schließlich wird zur Prüfung des Falles Wege ein eifriger Unterwuchsausschuss gewählt.

Die weiter auf der Tagesordnung stehende deutschnationale Anfrage betreffend Neuwahlen des Kultusministeriums wird für die Novemberberatung zurückgeschickt. An letzter Stelle werden die gesamten kommunikativen Anfragen über Amnestie, Entlassung monarchistischer Beamten, Unschicklichkeit der Richter, Reorganisation des Sicherheitsdienstes, Beweismittel und Sicherheitspolizei, Reorganisation der Reichswehr, Auflösung gegenrevolutionärer Organisationen usw. gemeinsam beraten.

Abg. Clewett (Komm.) begründet sämtliche Anfragen ausführlich.

Justizminister Dr. Belauer erwidert: Er könne hinsichtlich der geforderten Amnestien nicht in noch schwebende Verfahren eingreifen. Es müßten sonst die Anträge geändert werden. Nach einigen Erklärungen des Ministers des Innern Dipinski zu den übrigen kommunikativen Anfragen verabschiedet Abg. Dr. Seyfert (Dem.), daß seine Partei den Schutz des Staates dann mit übernehmen werde, wenn sich die Verhältnisse besserten sollten, daß ein Teil der Landbesitzer und andere Organisationen sich gegen die Staatsverwaltung wenden wollten. Die Anträge werden dem Rechtsausschuss überwiesen.

Der Antrag auf Bewilligung von Mitteln für die Opfer des Oppansers Anstalts wird angenommen, jedoch statt der geforderten 200 000 M. angesichts der Notlage des Staates nur 100 000 M. bewilligt. Der Antrag für die Hungerkateastrope in Sowjet-Rußland den gleichen Betrag für das Berliner Hilfskomitee bereit zu stellen, wird dem Finanzausschuss überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 7 3/4 Uhr.

Möbl. Zimmer in Gröba oder Riesa zu mieten gesucht. Offert. unter B N 7768 an das Tagblatt Riesa.

Möbl. Zimmer gesucht. Off. unt. A N 7761 an das Tagblatt Riesa.

Die Sprachenverwirrung von Versailles.

Amerikanische Blätter verlangen, daß bei dem Kongress in Washington nur englisch gesprochen werden soll, und der Völkerverbund hat sich in einer Sitzung mit der Sprachenfrage beschäftigt. Die zweifelslos unter den zwischen den Völkern aufgestellten Schranken mit an erster Stelle steht. Die Engländer haben beim Völkerverbund eine Denkschrift eingereicht, in der dieses Problem erörtert wird und nicht nur das lateinische und das Esperanto, sondern auch Englisch, Französisch und Spanisch als mögliche Welt Sprachen in Erwägung gezogen werden. Jedenfalls haben die internationalen Verhandlungen der letzten Zeit erwieken, daß schon die äußere Verhandlung dadurch so schwer war, daß die beteiligten Staatsmänner meist nur ihre Muttersprache konnten. Besonders bei der Friedenskonferenz von Versailles ist dieser auffällige Mangel an Sprachkenntnissen von getragener internationaler Wichtigkeit gewesen. Die Ari und Weise, auf die der Frieden von Versailles, dieses Schicksalsdokument des deutschen Staates zuhaupte kam, ist und so in den genaueren Einzelheiten noch vielfach unbekannt, denn obgleich dieses Ereignis heute bereits historisch geworden ist und eine große Anzahl ausländischer Übersetzungen ein großes Material darüber mitgeteilt haben, sind und diese Bilder wegen der schlechten Qualität unzureichend und es auf die Schriften von Keynes und Lansing in Deutschland nicht verbreitet. Wie jene wichtigen Vorgänge, die sich hinter den Kulissen der Friedenskonferenz abspielten, werden und nun zum ersten Mal zugänglich gemacht in einem erkenntlich aufschreibenden Buch. Die großen Väter am Werk, Beiträge zur Geschichte der Friedenskonferenz, das Dr. Margarete Reichardt herausgegeben. Die Leichter, Jorales und

Der taucht Wohnung

in Riesa gegen Pausch, Miete oder Pausch. Zu erfr. im Tagbl. Riesa. **möbl. Wohn- und Schlafzimmer** ab 15. 10. oder sofort. Elektrisch Licht und Mitostisch sehr erwünscht. Offerten unt. U M 7765 an das Tagbl. Riesa.

40 M. und mehr tägl. Nebenverdienst. Prospekt Nr. 136 gratis. B. Wannenrecht Berlin. Preisangabe

15000 Mark Hypothek auf Gutsgrundstück sofort oder später gesucht. Angebote unter B N 7767 an das Tagblatt Riesa. **Wiese** verm. Damen wünsch. sich bald glied. zu verheirat. Herren, wenn auch ohne Verm. erbalt. sofort Auskunft durch Union-Berlin, Bohmstr. 25.

Seirat. 33jährige Deutschamerikanerin, mit 250 000 Dollar, wünscht sich nach Deutschland zu verheiraten mit Herrn, auch ohne Verm., jedoch guter Charakter erwünscht, durch Frau Gander, Berlin, Alexanderstr. 36. **Größeres Schulmädchen als Aufwartung** gesucht. Blumenstraße 4. Schier, Gröba, Geoplatz.

Suche zum sofortigen Antritt für den ganzen Tag ein junges anständ. Mädchen als **Aufwartung** zur Hilfeleistung für häusliche Arbeit. Zu melden bei **Willy Große, Hek. Birkenarten.**

Hausmädchen 14-16 Jahre, möglichst vom Lande, für 15. 10. oder 1. 11. für kleinen Haushalt nach Gröba gesucht. Vorantritt Sonnabend bis nachmittags 5 Uhr bei **Cohe, Albertstr. 11.**

Hausmädchen gesucht in gute Stelle nach Blauen i. V. Näheres **Geoplatz 64a, 1.**

Tüchtiges Hausmädchen bei gutem Lohn für 15. Oktober gesucht. **Frau Luise Schauf, Weihen, Elbstr. 9.**

Älteres Mädchen als Verkäuferin für sofort gesucht. **Rauditorer Grube.**

Putzarbeiterin gesucht per sofort. **Grimm & Schmorle, Geoplatz 68.**

1 Pferdejugen sucht sofort. **Dr. Caspari, Kaiser-Wilhelm-Platz 10a.**

Malergehilfen sucht Otto Gonetia, Rändrich. **Leitungsbüro des Werk sucht tücht. Vertreter** für Mineralöle und Gette, der bei Industrie und Landwirtschaft gut eingeführt ist. **Ausführl. Angeb. u. CN 7768 an das Tagbl. Riesa erbeten.**

Gebr. Kleiderhändler zu verkaufen Albertstr. 3. p. r.

Neuer Leberzieher für gr. Berlin, 200 Mk. zu verkaufen **Weihner Str. 29.**

kenntnislos die mit einer so gewaltigen Verantwortung behafteten „großen Väter“ zu Werke gingen, dafür findet man auf jeder Seite dieses Buches bezeichnende Beispiele. Besonders anschaulich aber zeigt sich die ganze Sinnlosigkeit dieses mit unzulänglichen Mitteln unternommenen Versuches, die Welt wieder einzureihen in der Sprachenverwirrung, die sich dann auf den späteren Konferenzen fortgesetzt hat. **Keynes hat mit Recht gesagt, es sei von welthistorischer Bedeutung gewesen, daß Lloyd George und Wilson kein Französisch verstanden, Orlando kein Englisch, und daß der Einzug im Rat der Väter, der beide Sprachen beherrschte, Clemenceau war. Einen Vorklang dieses mangelnden Verständnisses gab bereits der feierliche Empfang Wilsons durch Poincaré, den der byzantinische Hofhistoriograph Wilsons mit den Worten schildert: „Die beiden Präsidenten schüttelten einander lang und herzlich die Hände. Es wurmelten etwas und schienen einander zu verstehen, obgleich der eine kein Französisch, der andere kein Englisch sprach.“**

Die erste Sireitigkeit auf der Konferenz entbrannte wegen der Sprache. Clemenceau verlangte, daß Französisch die Konferenzsprache sei. **Nach aber bei Wilson und Lloyd George auf beständ. Widerstand, und so wurden schließlich Französisch und Englisch gleichberechtigt nebeneinander gebraucht. Dies war aber nur bei der Abfassung der Protokolle und bei der Feststellung des Textes möglich. Dadurch, daß jetzt in einer Sprache verhandelt und dann in die andere übersetzt werden mußte, wurde der Geschäftsgang so verlangsamt, daß man im Rat der Väter nur noch englisch verhandelte. Lloyd George, Wilson und Clemenceau bedurften dabei seiner Uebersetzung. Orlando aber hatte einen Dolmetscher neben sich, der ihm andauernd ins Ohr flüüsterte, was eben gesprochen wurde. Dadurch war die**

Öffentliche Lebensversicherungsauslast der Sparkassen im Freistaat Sachsen.
Niedrigste Beiträge. Günstigste Bedingungen.
Vorteilhafteste Kapitalanlage bei Prämienvorauszahlung.
Beste Familien- und Altersversorgung.
Größte Sicherheit.
Auskunft erteilen die Sparkassen in Riesa und Gröba und Oberkommissar Paul Schubert, Riesa, Fr. Aug.-Str. 7.
Mitarbeiter an allen Orten gesucht.

Für die uns aus Anlaß unserer Vermählung erwiesene Aufmerksamkeit sagen wir unsern **herzlichsten Dank.**
Gröba, im Oktober 1921.
Edith Dohst u. Frau Martha geb. Bette.

Bezirksvertretung. lobend für tüchtige, gut eingeführte Verkaufstrakt der Nahrungsmittelbranche zu vergeben. **May Range, Dresden, Nordstr. 33.**

Runkelrüben
St. N. 30., treffen demnächst ein. Bestellungen erbitten **H. G. Jering & Co., Riesa, Telef. Nr. 130.**

Achtung!!
Hohe Verdienstmöglichkeiten bieten sich Herren aller Stände durch Uebernahme eines Vertrauenspostens unserer ca. 100 Jahre alten Aktiengesellschaft am Wohnort. **West. Offerten erbeten unt. L G 8178 an Ala-Daasenstein & Bogler, Leipzig.**

Haus mit schönem Garten von schnell entschlossenem Käufer bei hoher Anzahlung zu kaufen gesucht. **Angebote mit Preis unter Y M 7769 an das Tagblatt Riesa.**

Halbjähr. Hund Rauszug Bismarckdogge - Hünd. Schäferhund, schön gezeichnet, verkauft **Carl 26b.**

Vochtragende Kuh zu verkaufen **Marktsteil Nr. 2.**

Gänse grobe schwere Ware, sowie da. Raub- u. Schleichfüßler empf. **Albert Haberecht Rödoran. Telefon 516.**

Molkziege zu verkaufen **Zeithaus 48b.**

Ein schöner Rinderwagen zu verkaufen. Zu erfragen im **Tagblatt Riesa.**

Umgearbeiteter, noch nicht getragener **Willy-Ringzug**, prima Stoß, zu verkaufen ab 2 Uhr nachm. **Rödoranstr. 11, p. 1.**

Damen-Strickjacken, Schal Simonos, Schiefer, gekürzte Anodenanzüge, wollene Strümpfe für Damen, Herren u. Kinder verkauft billig **Wilhelmstr. 9, 1.**

Versteigerung. Sonntag, 9. Oktober, von 11 Uhr an gelangen im **Gasthof zum Stern** in Zeithaus nachstehende Gegenstände zur freim. Versteigerung: 1 rotes Blüschfaß, 1 Röhbaum-Wertisch, drei **Muschelstühle**, 1 Kommode, 1 St. Tisch, 1 Bettstelle. **Der Auktionator.**

Kost neuer halblanger **Damen-Unterwäsche** an verk. **W. Dörra Str. 1a.**
Prima Weißblechkalk frisch eingetroffen, empfiehlt **Milbisch, Glaubitz. Telefon Riesa 740.**

Kleie, Mais Weizenbrot, Safer stets am Lager bei **A. G. Hering & Co. - Elbstr. 7. -**

Mais Weizenbrot, Mais, gerollten Trokenschnittel Leinkuchenmehl **Kleie** empfiehlt billigt **G. Heinig, Langenberg**

Stets das Neueste! in **Maßkorsetts Reformkorsetts Büstenhalter** **Messaer Korsett-Fabrik H. Mühle & Co. Goethestr. 84.**

Morgen früh frisch abtreffend, empfehlen **H. Schellfisch ff. Rabliau ohne Kopf Carl Jäger, Gröba, Otto Jäger, Rödoran.**

Morgen Donnerstag früh frische Sendung **ff. Rotzunge ff. Schellfisch ff. Goldbarsch. Clemens Bürger.**

Das beste Bier, beste Küche! **Münchener Hackerbräu** Dresden-A. **Wilsdruffer Str. 14** **PROST! B. LORENZ aus München**

Dem geehrten Publikum von Riesa und Umgegend
 - zur gefälligen Kenntnisnahme -
 dass wir das bisherige Kaufhaus unter der Firma

„Albert Troplowitz Nachfolger“

nach bedeutender Vergrößerung und Hinzunahme neuer Artikel demnächst dem Verkehr übergeben. Gemeinschaftlicher zentralisierter Grosseinkauf mit unseren auswärtigen Kaufhäusern gestattet uns, dem Publikum besondere Vorteile zu bieten.

Beachten Sie unsere nächsten Inserate!

Kaufhaus Albert Troplowitz Nachfolger

Telefon 269.

Riesa, Hauptstrasse 43.

Telefon 269.

Vereinsnachrichten

Gemütlichkeit (M. u. G.). Sonntag, 9. Oktober, nachm. 8 Uhr Monatsversammlung mit anschließender Jubiläumfeier, wozu die Kollegen nebst werten Frauen herzlich eingeladen werden.
Reinrentner-Verein zu Riesa. Freitag, 7. Oktober, 3 Uhr nachm. Café Möbius. Bestellungen.
Reichsvereinigung ehemal. Kriegsgefangener. Freitag abend 7, 8 Uhr Vorstandssitzung Elbterrasse.
Riese „Triffling“. 7. 10. 10 Uhr Café Rädler.

Reichsverein. ehem. Kriegsgefang.

Unser Sommer- und Herbstveranst., bestehend aus **Konzert, Ball,** Vorträgen und Verlosung, findet am 9. 10. 21. nachm. 5 Uhr im Hotel Stern statt. Unsere Mitglieder nebst Angehörigen sind dazu herzlich eingeladen.
 Eintritt 1/5 Uhr. Beginn 5 Uhr.

Achtung! Marktleranten

Obst- u. Gemüsehändler von Riesa.
 Morgen abend 8 Uhr
Versammlung im Gambrius
 Bismarckstraße. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Wiederbeginn d. Klavierunterrichts

Freitag, den 14. Oktober 1921.
 Elisabeth Viehweg, Goethestr. 40a, II.

Drahtgeflechte.

Spanndraht, Stacheldraht, Drahtkrampen liefern billigst.
Gebrüder Herz, Drahtflechterei, Elsterwerda.
 - Verlangen Sie Preisliste. -

Am Montag abend 7 Uhr entschlief nach langen schweren, mit Geduld ertragenen Leiden unsere liebe gute, unvergessliche **Hildegard** im zarten Alter von 2 Jahren.
 Dies zeigen in tiefem Schmerz an **Friedrich Herz, Elisabeth Herz, Anna Spanndamm.**
 Riesa, 5. Oktober 1921.
 Die Beerdigung findet Freitag, 7. Oktober, nachm. 1/2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Täglich Künstler-Konzert.

Anfang 1/8
 Sonntags 4 Uhr.



Anfang 1/8
 Sonntags 4 Uhr.

Täglich Künstler-Konzert.

Reinleinen Taschentücher in weiß und bunt empfiehlt billigst **G. verw. Oßel,** Bismarckstraße 11, 1.

Handwagen

solide Bauart - in allen Größen - zu äußerst. Preisen.
W. Spengler Wilhelmstr. 6
 geg.üb. Kaiserhof

Gebrauchte Maschinen

solide Eisen und Metalle kaufen dauernd zu höchstem Tagespreis
W. Siemson & Co.
 Telefon 454.

Einladung

zur **Gründungsversammlung** eines Vereins **Heimatmuseum Riesa und Umgebung** am Mittwoch, den 12. Oktober 1921, abends 8 1/2 Uhr in der „Elbterrasse“ zu Riesa.
 L.-D.: Kurzer Vortrag: Was wir wollen; Aussprache; Satzungsberatung; Wahlen.

Zu dieser Versammlung werden alle die Frauen und Männer von Riesa und Umgebung herzlich eingeladen, die dem Gedanken der Heimat in Vergangenheit und Gegenwart noch mehr als bisher Geltung verschaffen wollen. Dr. Scheider, Bürgermeister.

Kohlenarten

Bitte zur Eintragung abzugeben.
G. Heinig, Langenberg.

Quark!

Jeden Posten frischen trockenen **„Bauernquark“** zu höchstem Tagespreise zu kaufen gesucht.
Gustav Grünberg Nachf., Riefefabrik, Riesa, Schillerstr. 7a
 - Telefon 747. -

Gasthof Mergendorf.

Donnerstag, 6. Oktober, von abends 7 Uhr ab **grobes Extra-Streich-Konzert,** ausgeführt von der gel. Stadtkapelle Oßsch. Persönliche Leitung: Musikdirektor Weyer. Vorzüglich gewähltes Programm.
Nach dem Konzert feiner Ball.
 Es laden hierzu freundlichst ein **Wahl Räder, Musikdirektor Weyer.**

Gasthof Glaubitz.

Donnerstag, 6. Oktober, abends 8 Uhr **Gastspiel** der **Dresdener Zentralbühne:** das große Sittenstück „Königliche Lieber“. Dazu der herrliche Solostück „Eintritt 4 W.“, Vorverkauf im Gasthof. Nachmittags 4 Uhr **Audienzvorstellung.** Um gütigen Zuspruch bitten **der Wirt und die Direktion.**

Garderobe

für Erwachsene und Kinder wird gut u. billig geschneidert
Bauhofer Str. 10, 1.

Trockenes Mehl und Bier.

Seibel- und Vollholz 1 m lg. gibt wagonweise ab, lief. sofort **H. Bärner,** Elsterwerda.

Hausbesitzerverein

Weiba. Donnerstag, d. 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

Versammlung

im Gasthof Seydewitz. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
 Der Vorstand.
 Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.

Beginnende Einsicht.

Die Besorgnis in England angesichts des katastrophalen Zusammenbruchs der Mark wächst ständig. Man hört allmählich auf, von schwindelhaften Manövern Deutschlands zu sprechen, die bewußt darauf ausgehen, die Zahlungslosigkeit Deutschlands zu vernichten und fängt an, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Man kann sich der Ansicht nicht mehr verschließen, daß es nur noch eines geringen Anstoßes bedarf, um das ganze Londoner Reparationsgebäude zum Einsturz zu bringen.

Aus London kommen Meldungen, daß man dort mit dem Gedanken an eine Stundung der deutschen Zahlungen umgeht, um der Mark Zeit zu lassen, sich zu erholen. Dabei hat man natürlich nicht das deutsche Wohl im Auge, sondern lediglich die Schädigung des eigenen Handels und des internationalen Handels. Es wird jetzt klar, daß Churchill in Dundee keine Privatansicht ausgesprochen hat. Die Triebfeder zu der Aktion, die sich vorbereitet, sind die möglichen englischen Industriekreise, die einen Zusammenbruch befürchten, der bei Aufrechterhaltung der Reparationen in ihrer letzten Form früher oder später kommen muß.

Es entsteht nun die Frage, wie weit eine „Stundung“ der deutschen Zahlungen an den bestehenden Forderungen etwas ändern kann. In sich würde eine solche Maßnahme ebenfalls erscheinen, da ja die deutschen Verpflichtungen in keiner Weise gemildert werden würden. Es würde lediglich der Zeitraum für ihre Abtragung und damit der Zustand der Ungewißheit verlängert werden. Man würde aber erreichen, daß für den Augenblick oder für den Zeitraum der Stundung die Möglichkeit bestünde, zu erkennen, in welchem Umfang die Deutschland auferlegten Lasten die internationale Wirtschaftslage beeinflussen. Es würde sich bei dem Experiment ohne Zweifel herausstellen, daß der schädigende Einfluß größer ist, als der Nutzen, den die Gläubigerstaaten aus den ihnen auferlegten Summen jemals ziehen können und damit wäre der Beweis erbracht, daß eine Revision der Londoner Ultimatumbestimmungen unumgänglich notwendig ist.

Wir wissen heute noch nicht, wie sich Frankreich und die Vereinigten Staaten zu der Anregung stellen werden. Die Einsicht, daß es auf dem beschränkten Wege nicht weitergeht, ist dort noch keineswegs so durchgedrungen wie in England. Vorhaupt doch eben erst Herr Voicoree, daß der wahre Reichtum Deutschlands schon jetzt ungenutzt sei, und daß er von Tag zu Tag wachse. Er glaubt, daß es lediglich vom Willen der Alliierten abhängig sei, daß Deutschland sehr schnell solvent sein, die Mark steigen, die Ausfuhr wachsen und die deutschen Schulden schließlich bezahlt werden würden. In diesen gerademal irrigen Ansichten Wandelung zu schaffen, ist die Hauptaufgabe der für Dezember geplanten internationalen Währungs-konferenz. Es wird noch viel und intensiver Arbeit bedürfen, um bei allen in Betracht kommenden Staaten, deren kaufmännische Einsicht geringer ist, als die der Engländer, die Heberzeugung hervorzurufen, daß das Heil nicht von einem Stilllegen der deutschen Notepresse oder ähnlichen Maßnahmen erwartet werden kann. Die ganze Welt und besonders Europa muß die Augen öffnen, um zunächst einmal die bittere Gegenwart klar zu erkennen. Die Forderungen der Zukunft ergeben sich dann von selbst. Die Erkenntnis Churchills, daß es ohne Zusammenarbeit nicht geht, muß und wird sich durchsetzen. Es genügt nicht, daß nur England mit dem Gedanken an grundlegende Änderungen in seiner äußeren Politik umgeht.

Die neue Zusammenkunft in Wiesbaden.

Der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau hat sich gestern abend nach Wiesbaden begeben zum Abschluß der Verhandlungen mit dem französischen Minister Loucheur über das Wiederaufbaaabkommen. — Minister Loucheur reist heute vormittag von Paris nach Wiesbaden ab.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschäftigt sich gestern in vertraulicher Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Stresemann mit dem Wiesbadener Abkommen Rathenau-Loucheur. Von Seiten der Reichsregierung waren außer dem Wiederaufbauminister der Minister des Auswärtigen, Dr. Rosen, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Daniel, sowie Beamte des Wiederaufbauministeriums, des Finanzministeriums und des Auswärtigen Amtes anwesend. Nach einem ausführlichen Vortrag des Reichsministers Dr. Rathenau trat der Ausschuss in die Debatte ein. Reichsjustizminister Dr. Schiffer stellte in längerer juristischer Ausführungen fest, daß sich das Wiesbadener Abkommen innerhalb des Rahmens des Friedensvertrages halte. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums berichtete sodann ausführlich über die Ausführung der einen Milliarde Goldmark nach dem Ultimatum.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich am Schluß seiner gestrigen Sitzung mit den Verhältnissen im Westgebiet.

Die Frage der Regierungsumbildung.

Wie die Berliner Blätter hören, haben Demokraten und Zentrum ihre Zustimmung zu einem Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung von folgenden drei Bedingungen abhängig gemacht: 1. müssen sich die Unabhängigen auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen, 2. müsse eine Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielt werden, und 3. müsse die Koalition auch die Deutsche Volkspartei umfassen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ teilt mit: Die Deutsche Volkspartei ist für ein Zusammengehen mit den Unabhängigen zwecks Herstellung einer Regierungskoalition von Stresemann bis Breitscheid nicht zu haben. Eine Möglichkeit, die Verhandlungen durch Veranziehung der Unabhängigen zu erweitern, besteht nur, wenn gleichzeitig auf eine Teilnahme der Deutschen Volkspartei verzichtet wird.

In einer demokratischen Parteiversammlung in Berlin referierte der Reichstagsabg. Dietrich über „Am Wendepunkt der Koalitionspolitik“. Das neue Programm, führte er aus, das die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag aufgestellt haben, bedeutet ein entscheidendes Werturteil. Es ist ein Programm, mit dem sie als Regierungspartei mitarbeiten können. Sie haben jetzt eingesehen, daß sie ihr Ziel durch Teilnahme an der Staatsgewalt, nicht durch die Opposition erreichen müssen. Interessant ist das Spiel, das die Reichssozialdemokraten jetzt mit den Unabhängigen spielen. Auch diese mäßigen allmählich ihre unabhägigen Forderungen: Mit der Deutschen Volkspartei werden sich die Vertreter des Großkapitals auf den Boden unserer Staatsform stellen. Die Koalition sei so gemacht, daß demgegenüber ein Anwachsen der Rechte auf Jahre hinaus nichts bedeute. Die tatsächliche Grundfrage der neuen Koalition müßte sein, alle Anstrengungen zur Erlangung

Lloyd George zur Arbeitslosenfrage.

Die Rede Lloyd Georges in Inverness.

In seiner Rede in Inverness sagte Lloyd George der „Westminster Gazette“ zufolge: Wenn wir auf die Washingtoner Konferenz gehen, so wird sie ein Ereignis werden, das für Jahrhunderte in der Geschichte verzeichnet stehen wird. Ueber die irische Konferenz sagte der Premierminister: Die Regierung wird sich auf diese Konferenz mit der Inverness-Formel begeben. Die Konferenz könne nur Erfolg haben, wenn man sich entschließt, auf den gesunden Menschenverstand der beiden Völker zu vertrauen und nicht versuche, Extremisten miteinander zu veröhnen.

Zur Arbeitslosenfrage sagte Lloyd George: Die heutige Arbeitslosigkeit sei nicht eine gewöhnliche Handelsdepression, sondern auf die abnormalen Verhältnisse und auf die zerschmetternden Folgen des Krieges zurückzuführen. Sie sei ein Weltproblem. Man könne kein Geschäft betreiben, wenn die Schwankungen des Wechselkurses fortdauern. Es sei genau daselbe, wie wenn man versuche, bei bewegter See auf einem Ozeandampfer Billard zu spielen. Der Kredit Englands sei unendlich höher als der irgend eines anderen am Kriege beteiligten Landes in Europa. Er sei zuverlässig, daß die Lage sich allmählich heben werde, wenn die Nationen einsehen, daß gute Beziehungen wesentlich seien für die nationale Wohlfahrt. Wenn die Regierung über das Arbeitslosenproblem einen Beschluß gefaßt haben wird, so wird sie ihn dem Unterhaus unterbreiten, das befugt sei, sein Urteil darüber abzugeben. Männer, die arbeitslos seien, dürften nicht hungern, solange eine Brotkruste im Speisekasten der Nation vorhanden sei.

Wie die Londoner Blätter melden, wird Lloyd George heute in London einreisen. Nach seiner Rückkehr wird er mit Arbeitern in Downing Street Beratungen über die Arbeitslosenfrage abhalten. Bei den Konferenzen in Gairloch erörterte der Premierminister mit den Sachverständigen für Handel und Finanzen die allgemeine Weltlage. „Daily Chronicle“ zufolge wird anerkannt, daß eine dauernde Lösung des Arbeitslosenproblems von der Wiederherstellung normaler internationaler Handelsbeziehungen abhängig sei.

„Daily Mail“ berichtet, in den Konferenzen in Gairloch sei darauf hingewiesen worden, daß der Frieden im nahen Osten eine der Vorbedingungen für die Besserung der Währungs- und für das Wiederanstehen des Handels sei. Ein wichtiger Teil der Erörterungen sei die Frage der deutschen Reparationszahlungen gewesen. Laut „Daily Mail“ herrsche in gewissen industriellen Kreisen die Ansicht vor, daß, wenn man Deutschland im gegenwärtigen Augenblick zwingen würde, seine Verpflichtungen zu bezahlen, das nur zu einem weiteren Fallen der Mark und zu ersten Beschäftigungsanstrengungen führen würde, wodurch dem Wiederanstehen des Handels erhebliche Schäden zugefügt werden würden. Beschlässe der Regierung in dieser Frage könnten nicht gefaßt werden, bevor nicht Lloyd George am Donnerstag mit dem Kabinett in London beraten habe. Laut „Daily Mail“ besteht jedoch die Möglichkeit, daß Änderungen von großer Bedeutung in der internationalen Politik der britischen Regierung das Ergebnis der Konferenzen in Gairloch sein könnten.

Nach demselben Blatt erklärte der augenblicklich in London weilende Bizepräsident der amerikanischen Handelskammer, er sei persönlich der Ansicht, daß eine neue Erwägung über die Kriegsschulden der gesamten Welt zugute kommen

des Ultimatum zu machen. Nur durch den Versuch der Erfüllung können wir seine Unmöglichkeit beweisen. Hierbei ist die Forderung nach Heranziehung der Goldwerte eine unbedingte.

Ein Arbeitsausschuß der deutschen Industrie.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat einen Arbeitsausschuß gebildet, der Verhandlungen mit der Regierung über den Plan der Beschaffung von Devisen führen soll. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge sollen die ersten Verhandlungen zwischen Industrie und Regierung bereits gestern stattgefunden haben. Die Besprechungen mit dem Reichsanwalt, der gestern Berlin auf acht Tage verlassen hat, begannen erst im Laufe der nächsten Woche.

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Die bayerische Regierung wird gemäß ihrer Verabredung mit der Reichsregierung heute eine Verordnung herausgeben, durch die der Ausnahmezustand in Bayern vom 15. Oktober an aufgehoben wird.

Vor der Entscheidung des Völkerbundrates.

„Journal des Debats“ erzählt aus Genf, der Völkerbundrat sei zu einem vollkommenen Einvernehmen über die oberösterreichische Frage gelangt und habe seine Schlussfolgerung abgibt. Zu regeln seien nur noch einige Einzelheiten. Das Gutachten des Rates werde, nachdem es höchstwahrscheinlich am Sonnabend dem Vorsitzenden des Obersten Rates mitgeteilt sei, anschließend sofort veröffentlicht werden, aber von selten des Völkerbundrates.

Polnische Untaten. Gestern früh entstand am Kriegendenkmal in Pisch eine heftige Entladung von Sprengstoff, die zur Folge hatte, daß der Krieger von dem Denkmal heruntergeschleudert wurde und zerbrach. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Anschlag von polnischer Seite verübt worden ist. Die französische Wache ist kaum 100 Meter von dem Denkmal entfernt im Schloß untergebracht. — In Woloschewitz (Kreis Kowno) haben Polen eine Handgranate in einen Wasthof geworfen, in dem die Hochzeit eines zurückgekehrten deutschen Flüchtlings gefeiert wurde. Acht Schwere und vier Leichtverletzte wurden in das Krankenhaus gebracht. Von polnischer Seite war schon am Freitag mit der Sprengung der Hochzeit gedroht worden.

Die aktiven Heereskräfte.

Wie der Washingtoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ berichtet, steht amtlichen Biffen zufolge Frankreich mit einer aktiven Heeresstärke von 1 034 000 Mann an zweiter Stelle in der Welt, China an erster Stelle mit 1 370 000, Deutschland mit 1 000 000 Mann an letzter Stelle. Englands Heeresstärke beträgt 740 500 Mann. Die Vereinigten Staaten können mit 140 000 Mann an vierter Stelle. Diese Biffen sollen von der Washingtoner Konferenz im November erdortet werden.

würde. Es müsse alles getan werden, um die Vorkriegslage wiederherzustellen.

Die Neuregelung der internationalen Schulden.

Der Zusammenbruch Deutschlands muß verhindert werden.

„Manchester Guardian“ fordert in einem Leitartikel eine Neuregelung der internationalen Schulden als Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Churchill habe ein, daß es zum Vorteil Englands sein werde, wenn es den größeren Teil der von Deutschland geschuldeten Rechnung nicht eintreibe. Für die Vereinigten Staaten habe jedoch keine Verantwortlichkeit von gleicher Belangung daselbst erklärt. Sogar in Frankreich dümmere endlich die Ueberzeugung, daß die Wobfabri in Frankreich in größerer Maße von einer Art von industrieller Gemeinschaft mit Deutschland abhängig und daß sie bestimmt vernichtet werde, wenn man versuche, das U. mögliche von Deutschland zu erzwingen. „Manchester Guardian“ fragt, ob die Alliierten denn auf Amerika warten müßten, wie Churchill erklärt habe. Dann müsse man lange warten. Wenn, wie zahlreiche besungte Beurteiler erklären, Deutschland mit Geschwindigkeit abwärts treibe, daß es in wenigen Monaten zu seinem finanziellen Zusammenbruch führen werde, so sei das mehr, als England sich leisten könne. Dies müsse, wenn möglich, verhindert werden. Der Verlust des englischen Anteiles an den Reparationen wäre nicht mit dem Schaden zu vergleichen, den England erleiden würde, wenn das industrielle Deutschland in den Zustand Polens verfallen sollte. Andererseits würde England durch Stabilisierung der deutschen Finanzen und durch Wiederherstellung Deutschlands mehr gewinnen, als es je aus den Reparationen herauszubekommen erhoffen könne. Wenn jetzt die deutsche Mark den Weg der polnischen Mark gehen würde, so würden die Handelsbeziehungen Englands mit dem Feldlande noch mehr in Unordnung gebracht werden als dies bereits jetzt der Fall sei. Der englische Außenhandel werde nicht gebunden und die ausländischen Wechselkurse nicht stetig werden. Nichts würde aber zu ihrer Stetigkeit mehr beitragen, als eine Neuregelung der internationalen Schulden.

Eine Unterredung Lloyd George—Briand.

Der diplomatische Berichterstatter der „Chicago Tribune“ will wissen, daß Lloyd George bemüht sei, mit Briand eine Unterredung über die Teilnahme der beiden Premierminister an der Washingtoner Abrüstungskonferenz herbeizuführen. Er wird demnach unter dem Vorwand einer Besprechung über die oberösterreichische Frage Briand entweder in Oedenburg oder Paris sprechen. Wenn der Bericht des Völkerbundrates über Oberösterreich dem Obersten Rate zugehe, sei beabsichtigt, eine Tagung des Obersten Rates abzuhalten, an der nur England, Frankreich und Italien teilnehmen sollen.

Die Pariser „Liberte“ bemerkt die Mitteilung der „Chicago Tribune“ über eine bevorstehende Besprechung zwischen Briand und Lloyd George über die Washingtoner Abrüstungskonferenz. Es sei möglich, daß eine Besprechung in der von der „Chicago Tribune“ angegebenen Art notwendig werde im Zusammenhang mit dem Beschluß des Völkerbundrates über die oberösterreichische Frage. Was jetzt fest etwas bestimmtes nicht vorgegeben.

Das unabhängige Westungarn.

Die Wiener politische Korrespondenz teilt mit, daß die österreichische Regierung folgendes Telegramm erhalten habe:

Oberwart, 4. Oktober. Das Volk Westungarns hat in dem im Sinne des Trianoner Vertrages geräumten Gebiet die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Neutralität dieses Gebietes und seiner Bevölkerung am 4. Oktober um 12 Uhr mittags proklamiert. Es hat den Oberkommandierenden mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes betraut. Gleichzeitig hat die Einwohnerhaft der Bezirke Steinfelde, Eisenstadt, Ujkapfal, Oberpollendorf und Remtuzjar sich der Proklamierung der Unabhängigkeit angeschlossen.

Die dritte Internationale Arbeitskonferenz.

Am 25. Oktober wird in Genf die dritte Internationale Arbeitskonferenz eröffnet werden. Sie wird ungefähr 600 Delegierte aus allen Völkerbundstaaten und auch aus Deutschland und den Vereinigten Staaten vereinigen. Bis jetzt sprach man im Zusammenhang mit dieser Konferenz hauptsächlich von der landwirtschaftlichen Arbeit. Die Tagesordnung ist jetzt endgültig festgesetzt wie folgt: 1. Reform der Zusammensetzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes. 2. Anwendung des Washingtoner Beschlusses betr. die Regelung der Arbeitszeit auf die Landwirtschaft. 3. Anwendung der anderen Washingtoner Beschlüsse auf die landwirtschaftliche Arbeit, und zwar a) Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit, b) Schutz der Frauen und Kinder, 4. Besondere Schutzmaßnahmen für die landwirtschaftlichen Arbeiter: a) Landwirtschaftlicher Fachunterricht, b) Wohnverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, c) Garantierung des Vereins- und Koalitionsrechtes, d) Schutzbestimmungen gegen Unfälle, Krankheit, Invalidität und Alter, e) Desinfektion der Wolle gegen Milzbrandbakterien, f. Verbot der Verwendung von Weizen in der Malerei, 7. Wöchentliche Ruhetage in Industrie und Handel, 8. a) Verbot der Beschäftigung von Personen unter 15 Jahren in den unteren Schiffsräumen und Decksanlagen, b) Obligatorische ärztliche Untersuchung der an Bord der Schiffe beschäftigten Kinder.

Die bevorstehende Mittelkandaktion.

Die Notlage gewisser Kreise des Mittelkandes ist für die Reichsregierung ein ständiger Anlaß der Sorge. Die Frage lautet längst nicht mehr, ob das Reich zur Hilfe verpflichtet ist oder nicht. Man ist fest entschlossen, zu helfen. Nur das Wie der Hilfeleistung war bisher stets ein ungelöstes Problem.

An der Frage, woher die Mittel genommen werden sollen, die den Hilfsbedürftigen zugefugt sind, wird nicht viel zu erwägen sein. Der Etat des Reiches ist überall zu kurz und so müssen wohl auch die Mittel für diese Hilfsaktion mit jenen Staatsfinanztransaktionen bereit gestellt werden, die letzten Endes nichts anderes bedeuten, als

einem Justizministerium der Notwendigkeit. In diesem Falle aber heißt das gute Wort das sonst so bewährte Mittel.
Schwierig ist das Problem der Verteilung des aufzubringenden Hilfsfonds, vor allem muß dafür Sorge getragen werden, daß die Unterstützungsbeträge, die natürlich nicht in beliebiger Dürftigkeit und an eine beliebige große Zahl von Unterstützungsberechtigten gegeben werden können, nur den wirklich Notleidenden zuteil werden, also nur denen, denen die Bekämpfung der durch die Zeitläufte und insbesondere durch die Geldentwertung bedingten Not aus eigenen Mitteln und eigenen Kräften auch beim besten Willen unmöglich ist. Selbstverständliches Erfordernis wird es daher sein, daß jeder, der eine Unterstützung von der Reichsregierung erhalten will, zuerst den Nachweis seiner Bedürftigkeit erbringen muß. Bereits in diesem Punkte aber liegt für die ganze Unterstützungsgeschichte eine große Gefahr. Die Beibringung von behördlichen Nachweisungen kann je nach der Stellung der Beteiligten und den vorgezeichneten Wegen für die Betroffenen ein solches Quantum von Schereiten, Zeitverlust, persönlichen Unannehmlichkeiten oder gar Beschämungen bedeuten, daß sie sich von vornherein nur schwer zu einem Betreten des bürokratischen Lebensweges entschließen können. Bekannt ist ja, daß gerade mit der Verzögerung auch häufig eine ausgebrochene Verschämung Hand in Hand geht, und eine ausgebrochene Scham führt von den Behörden bis in die Unendlichkeit hinein herumschlingelnde zu lassen. Hier wird es denn des besonderen Augenmerkes des zuständigen Ressorts der Reichsregierung bedürfen, daß bei aller Fürsorge für gerechte Verteilung der Unterstützung den zu unterstützenden selbst das Nehmen nicht gar zu schwer gemacht wird. Natürlich müssen die von den Bedürftigen beizubringenden Unterlagen und Behauptungen von den Behörden zunächst einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Insbesondere wird es behördlicher Rückfragen bedürfen, ob von den Antragstellern nicht irgendwelche Nebenverhältnisse vorliegen, die eine Unterstützung ausschließen würden. Hier wieder liegt, wie bei allen Fragen des behördlichen Schriftverkehrs die Gefahr der Verzögerung sehr nahe. Man sieht sich an ein Beispiel aus der Zeit des Krieges erinnert, wie es erst vor kurzem der Öffentlichkeit unterbreitet worden ist. Ein Lazarettarzt hatte bei seiner vorletzten Dienststelle für einen Wehrmann, der an den Folgen einer Schutzverletzung erkrankt war, um die Genehmigung einer Operation nachgesucht. Nach den bestehenden Bestimmungen mußte der Antrag bis hinauf zum Generalkommando weitergeleitet werden. Dies geschah unter Einhaltung aller Stufen des Dienstweges. Die Operation wurde genehmigt. Als aber endlich das Schriftstück mit dem Genehmigungserkenntnis wieder in Händen des Lazarettarztes war, war der Wehrmann verstorben. So wird es auch für die Prüfungsbehörden darum zu tun sein, die Hilfe, die erteilt werden soll, nicht so lange hinauszuverschieben, bis es zu spät ist.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die Unterstützungsbeträge so zu bemessen, daß in den einzelnen Fällen der Unterstützung mindestens ebenso gut dasteht, wie ein von der Erwerbslosenfürsorge Bekannter. Auch sollen die Unterstützungsbeträge nicht nur einmalig sein, sondern in bestimmten Abständen wahrscheinlich ähnlich den Bezügen aus der Invaliditäts-Versicherung in monatlichen Raten gewährt werden, so daß Unterstützung solange bezahlt wird, wie eine Bedürftigkeit vorhanden ist.

Der Plan für die Unterstützungsgeschichte war in Regierungsstellen zum ersten Male etwa vor Jahresfrist besprochen worden. Dies hatte gelegentlich der Konferenz der Finanzminister der Länder stattgefunden, auf der im Anschluß an die Besoldungsreform der Beamten auch die Anträge der Kleinrentner-Vertretungen zur Erörterung kamen. Die Arbeiten für die Steuergeschäftsbereinigungen machten inzwischen ein wiederholtes Hin- und Hergehen der geplanten Aktion erforderlich. Neuerdings befinden sich in dessen die Vorbereitungsarbeiten wieder im vollen Gange. Man hofft, daß sich in Verbindung mit den Steuerfragen der Reichsregierung Anfang November auch mit der Mittelstandshilfsaktion beschäftigen können wird. In seiner letzten Rede hat ja auch der Reichstagspräsident schon von einer großen und baldigen Aktion gesprochen, die für die bedürftigen Schichten des deutschen Volkes geplant sei und insbesondere den Rentnern und Pensionätern, sowie den notleidenden Angehörigen des Mittelstandes zugute kommen soll. Offensichtlich sind all diese Bedürfnisse schon bei Entwurf des Winters in dem Besitze fähiger Wirtschaftsbereitschaften.

Zugeschichte.

Deutsches Reich.

Wiederaufnahme der Weiblicher Kriegsbekämpfungsbroschüre. Wie die Berliner Morgenblätter melden, beginnen in der nächsten Woche von dem Reichsgericht zu Leipzig wieder die sogenannten Kriegsbekämpfungsbroschüre. Die Verhandlungen beschränken sich zunächst nur auf Armeefälle.

Abgelehnte Wäsche- und Kleidungsstücke für Rußland. Der Stadtrat zu München lehnte mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Mehrheitssozialisten gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten einen Antrag ab, monatlich Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von 80000 Mark aus der städtischen Warenabgabe dem Roten Kreuz für die Notleidenden in Rußland überwiesen werden sollten.

Deutsche Seelente dürfen in England an Land gehen. Von englischer amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß Seelente, die Angehörige früher feindlicher Staaten sind, nunmehr das Recht zu zeitweiliger Landung in britischen Häfen für die Dauer des Aufenthaltes des Schiffes in den betreffenden Häfen erteilt wird. Hinsichtlich dieser zeitweiligen Landungserlaubnis sind die deutschen Schiffsoffiziere und Mannschaften jetzt denen einer mit England befreundeten Nation gleichgestellt. Die Erteilung der Erlaubnis ist davon abhängig, daß sich der Antragsteller durch einen Vah oder durch eine sonstige hinreichende Legitimation über seine Staatsangehörigkeit ausweisen kann.

Die geplante Erhöhung der Mietsteuer. Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen beschäftigte sich am Montag mit einem Antrage (Frankfurt, Dem.), wonach das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens vom 28. Juni 1921 in verschiedenen wesentlichen Punkten geändert werden soll. Von den Abgabenerhebungen solcher Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, soll nach dem Antrage für die Rechnungsjahre 1921 bis 1924 eine Abgabe lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Erhaltung erhoben werden. Die Einkünfte aus der Abgabe sind in erster Linie zur Finanzierung von Wohnungsbauten bestimmt, welche nach dem 1. Oktober 1920 begonnen sind. Weiter schlägt der Antrag vor, daß in den Rechnungsjahren 1922 und 1923 die Mietsteuer je 110 Prozent des Nutzungswertes betragen soll, während das Gesetz vom 28. Juni nur eine Abgabe von 5 Prozent des Nutzungswertes vorsieht. Die Regierung sprach sich gegen eine solche Erhöhung der Abgabe aus. Der Vorsitzende, Abg. Hünkel (D. Vp.), fasste das Ergebnis der Beratung dahin zusammen, daß der Ausschuß darin einig sei, es müßten im Jahre mindestens 150000 Wohnungen neu erbaut werden, wozu wenigstens 6 Milliarden Mark notwendig seien. Diese Mittel sollen im ganzen 80 Prozent des Nutzungswertes aller vorhandenen Gebäude dar und die Frage sei noch offen, ob dieses Geld durch Kapitalanleihe oder durch Amortisation

aufgebracht werden sollte. Formell handelt es sich darum, ob die benötigten Mittel durch den Ausschuß des Wohnungsbauwesens vom 28. Juni 1921 gefunden werden sollen. Gemäß einem Antrage des Vorsitzenden wurde folgende Entscheidung angenommen: Die Reichsregierung zu ersuchen, 1. anzukündigen, daß in den Jahren 1922/23 mindestens je 200000 Wohnungen erbaut werden; 2. zur Deckung der unrentierlichen Baukosten im Jahre 1922 und 1923 von den Ländern und Gemeinden mindestens je 6 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen. Angenommen wurde ferner ein Antrag Silberbachs (So.) als Zusatz zu Antrag 2: Der Wohnungsausschuß empfiehlt der Reichsregierung, weitere Einnahmen für den Wohnungsbau durch Erheben neuer Steuern im Sinne des Antrages 81 I, II, III und durch Leistungen der Industrie und Landwirtschaft zu erschließen. — Eine Motion von heute früh lautet: Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen wurden gestern die Richtlinien mit einem veränderten Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 in wesentlichen Teilen angenommen. Eine wesentliche Veränderung der bestehenden Bestimmungen tritt darin ein, daß nicht, wie in der Vorlage vorgesehen, neben der gemeinwirtschaftlichen Verwendung der Mittel auf fünfundsiebzig Prozent ein privatrechtlich wirtschaftliche Verwendungsvorbehalt vorgesehen wird. Außerdem wurden folgende zwei Entwürfe angenommen: 1. Ein Ausgleich zwischen den alten und neuen Wohnungen ist alsbald herbeizuführen. 2. Die Wohnungsbauarbeiten muß seitens der Gemeinden und gemeinnützigen Verbände zur Förderung des Kleinwohnungsbaus verwendet werden. — Gemäß einem Antrage Kubits (U.S.P.) wurde beschlossen, daß ohne Einschränkung die von der Allgemeinheit aufzubringenden Bauprodukte gemeinwirtschaftlich tätigen Bauorganisationen, Siedlungsgesellschaften und Gemeinden zuzuführen sind. Ferner wurden auf Antrag Behrens (Dnt.), eine Reihe von Bestimmungen angenommen, die der Behebung der Bauverhältnisse dienen sollen. Abgelehnt wurde jedoch mit 13 gegen 18 Stimmen die hierbei erforderte Forderung der Freilassung aller ohne Zuschüsse mit öffentlichen Mitteln neugebauten und solcher Wohnungen, die in Ruinen, welche bisher nicht diesem Zwecke dienen, bereitgestellt sind, von jedem Zugriff der Wohnungsbauämter. Auch der Anspruch auf weitverbreitete Forderung der Bestimmungen über die Gewährung von Bauförderungsmitteln in solchen, daß auch mit Wohnungsneubauten verbundene wirtschaftliche Zwecke dienende Räume billiger gebaut werden können, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Die Abstimmung der Arbeiterkammer der Österr. Industrie. Das Ergebnis der vorgestrigen Abstimmung der Delegierten der Arbeiterkammer in OÖst über die Vereinbarungen der Gewerkschaftsvertreter mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie wurde gestern vormittag nach einer vorläufigen Zusammenkunft bekanntgegeben. Danach haben 5880 Arbeiter mit nein, 648 mit ja gestimmt. Die Vereinbarungen können also als abgelehnt gelten. Etwa 60 Prozent der Delegierten haben an der Abstimmung teilgenommen.

Beendeter Streik bei der Westwerk. In einer Versammlung der Arbeiter der Westwerk in Bremen wurde mit großer Mehrheit die Beendigung des seit sieben Wochen dauernden Streiks beschlossen. Die Verhandlungen mit Vertretern der Werksdirektion begannen gestern vormittag. Mit der Ausnahme der Arbeit am heutigen Mittwoch wurde getreuet.

Die Transporthelfer in Braunschweig sind wegen Lohnforderungen in den Aufstand getreten. Zum Streik der Angestellten im Berliner Hofwirtschaftsbetriebe melden die Berliner Blätter, daß die Arbeitgemeinschaft der Angestelltenverbände gestern in einer Versammlung beschlossen hat, erst dann in Verhandlungen mit den Streikenden einzutreten, wenn die Ueberarbeitsgegen Arbeitswillige, die sich auch gestern in verschiedenen Lokalen wiederholten, nicht mehr vorfinden.

Die amerikanischen Truppen bleiben in Paris. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ sollen die Truppen der amerikanischen Besatzungsarmee am Rhein, die sich gegenwärtig zu Ehren des „Unbekannten Soldaten“ mit General Pershing in Paris aufhalten, nicht wie ursprünglich beabsichtigt, nach Koblenz zurückgeführt werden, sondern auf Anweisung des Generals Pershing in Paris bleiben.

Die Angelegenheit Langewiesche hat sich, wie W.B. meldet, nach Ablauf der Ermittlungen damit erledigt, daß das Auswärtige Amt dem Präsidenten der Internationalen Luftfahrt-Überwachungskommission sein Verbleiben wegen der Ausbreitungen ausgesprochen hat, bei Gelegenheit dieses Falles von deutschen Mitreisenden begangen worden sind.

Der Verbleib für Cernalechil. Vorsitzender Professor Abderhalden, Halle, wendet sich mit einem Aufruf an die deutsche Gesellschaft, dem wir folgende Worte entnehmen: „Die Milliarden geben heute noch ins Ausland für den Ankauf von Genußmitteln, die ein falscher Glaube dem Volk als unentbehrlich erscheinen läßt, auf die ein wissenschaftliches Geschlecht melnt, nicht verzichten zu können. Die deutschen Ärzte haben diesen Glauben gebildet, ja nicht selten unterstellt. Das Märchen von der blutbildenden Kraft des kanadischen Rotweins und von der Heilkraft des Kognaks wird noch immer gerne geglaubt. Es ist an der Zeit, diese Irrlehre aus den Köpfen der Deutschen zu vertreiben. Etwa 15 Milliarden gibt Deutschland noch immer jährlich für geistige Getränke aus. Ein großer Teil des deutschen Getreides, der Kartoffeln und des Jäckers wird noch immer zur Herstellung geistiger Getränke verwendet; unsere Kinder und Studenten werden von den Quälern aus dem Lande unserer Gegner ernährt, und schon hören wir aus dem Munde dieser Quälter den Vorwurf, daß, während sie selbst aus reiner Nüchternliebe jede Entbehrung willig auf sich nehmen, um uns helfen zu können, wir Deutschen solche Unmengen von Alkohol und Tabak verbrauchen, daß mit dem gebotenen Teile der Ausgaben für diesen Luxus das deutsche Kinderleben beboden werden könnte. Verträge sind dieser Zustand mit der Würde Deutschlands und geht es an, daß die berulenen Sachverständigen in den Fragen der Ernährung unseres gequälten Volkes gleichgültig zusehen, wie dieses Volk in gequältem Leichtsinn seine Zukunft zerstört und seine Würde preisgibt? Alkohol und Tabak sind entbehrlich, sie sind für sehr viele schädlich, sie belasten den Haushalt des Deutschen Reiches aufs schwerste, sie hindern den Aufstieg unserer Kinder und Enkel zur Freiheit, zur Erziehung und zum höchsten Wohlstand. Was wir brauchen, ist kühnerer Wille, unermüdbare Arbeitskraft, nüchternes Sinn und bei bescheidenem Haushalt gute traktierende Nahrung. Wir wenden uns an alle Ärzte unseres deutschen Volkes mit der Bitte, kämpft mit uns für die Erreichung dieses Zieles, tretet dem Irrtum von der kraftpendenden Bedeutung des Alkohols, der Unentbehrlichkeit des Tabaks sowie dem tragen und frivolen Verzicht der breiten Massen unseres Volkes entgegen, damit uns Keiner bereist der Vorwurf erspart bleibe, daß wir in den schwersten Jahren unseres Volkes unsere Pflicht gänzlich verlernt haben! H. Gaus, Tübingen, G. Kraepelin, München, Emil Abderhalden, Halle a. S., A. Strümpell, Leipzig.“

Republik Österreich. Friedrich Adler über die politische und wirtschaftliche Lage. In der vorgestrigen Sitzung des Reichstages in Wien berichtete Friedrich Adler über die politische und wirtschaftliche Lage. Der Kernpunkt der sozialdemokratischen Politik sei, der Kriegsfahrte auszuweichen. Der von Ungarn brohende Krieg würde eine Steigerung der konterrevolutionären Gefahren bedeuten. Die Hoffnung, daß in den großen Staaten die Zeit gekommen sei, wo das Proletariat

einen großen Vorstoß gegen den Kapitalismus unternehmen könnte, sei falsch. Die Sozialdemokraten seien nicht gewillt, wieder in die Regierung einzutreten. Es wurde eine Entscheidung angenommen, wonach im Notfall die gesamte Arbeiterkammer Deutschlands bereit sei, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Kapitalismus gegen die Reaktion zu unterstützen. Die Entscheidung fordert eine Volksabstimmung in Westfalen und die Finanzabstimmung über Maßnahmen zur Einschränkung der Geldentwertung. Die Arbeiterkammer möge alle Kräfte einbringen, damit ein Finanzplan als nächster Schritt zur wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Österreichs vom Proletariat erlangt werde.

Wien.

Die Tätigkeit der Rotenpresse. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ drückt die Wiener Rote Presse täglich 700 Millionen Mark. Das bereits ausgegebene Papiergeld wird auf 150 Milliarden Mark geschätzt. Es sei daher kein Wunder, daß die Finanzlage Wiens in schlecht sei und täglich schlechter werde.

Norwegen.

Die norwegische Abordnung bereift Rußland. Derinastische Abordnung bereift Rußland. Bereits vor Anerkennung des norwegisch-russischen Handelsabkommens hatte Witwinski die norwegische Regierung um die Genehmigung erlucht, daß eine russische Abordnung nach Norwegen bereift, um die Abordnung vorzuschicken. Die norwegische Regierung hat erwidert, daß die Abordnung dieser Abordnung wie gewöhnliche Reisende behandelt werden müssen. Nach dem jetzt abgeschlossenen norwegisch-russischen Handelsabkommen hat die norwegische Regierung eine Abordnung von 20 Mitgliedern nach Rußland entsandt, die bereits in den nächsten Tagen abreist und in drei Gruppen Moskau, Petersburg und Archangel besucht.

Rußland.

Die Erklärung Tschischewins. Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten macht folgendes bekannt: Von der Auslandspresse wird die Abordnung des Volkskommissars zum Tode verurteilt worden oder gar schon erschossen sind. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Mitglieder weder zum Tode verurteilt noch erschossen wurden. Alle sind am Leben. Die Unteruchung ist erst im Anfangsstadium, und es ist nicht zu erwarten, daß sie zu dem behaupteten Resultate führen wird. gen. Tschischewin, Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten.

Estland.

Weitere Bergwerke geschlossen. In einem Kohlenbergwerk in Nord-Estland wurde bekanntgegeben, daß die Schächte bis auf weiteres geschlossen würden. Die Bergwerksbesitzer erklärten, daß es unmöglich sein werde, die Industrie weiter zu führen, wenn nicht eine Neuorganisation der Kohle und eine Verminderung der hohen Betriebskosten stattfinden.

Amerika.

Die Baumwollenernte. Das Censusbüro schätzt die bis 24. September entfallende Baumwollenernte auf 2908 000 Ballen. Das Ackerbaubüro schätzt den Durchschnittsstand der Baumwolle auf 42,2%, und den Ertrag auf 6537 000 Ballen.

Bermischtes.

Das Schiff „Sbadleton“ in See. Die Quest, das Fahrzeug, mit dem Sbadleton seine Forschungsreise in das antarktische Meer unternimmt, ist auf der Höhe von Kap Roca von einem Sturm erfaßt worden und hat nun Hilfe bedeten. Ein Schlepper ist von Lissabon zur Unterstützung abgegangen.

Bei einem Auto-Unfall ungelokommene Amerikaner. Bei Wadernheim wurden dieser Tage, wie aus Mainz gemeldet wird, infolge eines Zusammenstoßes zwischen einem Personenzug und einem Lastauto mehrere Amerikaner schwer verletzt. Zwei davon sind inzwischen im Mainzer Krankenhaus gestorben.

Verharmungen. Der Beigeordnete und Pressebegegnat des Amtes Wattencheid (Westfalen) Lehrer Karges, gegen den ein Disziplinarverfahren wegen verschiedener Vorwürfe eingeleitet wurde, ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden.

Zum Tode verurteilt. Der Arbeiter Löhnte, der am 12. November in der Stargarder Straße in Berlin zusammen mit dem dafür zu 12 Jahren Gefängnis verurteilten Arbeiterbüchsen Rieding die Witwe Gellert ermordet und beraubt hatte, wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Automobilunglück. Ein von Homburg kommendes Automobil mit grellen Scheinwerfern stieß heute den Fahrer eines ihm entgegenkommenden Automobils des Mühlentreibers Bruner. Der Fahrer wollte ausweichen und fuhr auf einen Steinhaufen. Der Wagen überrollte sich und begrub die sieben Insassen unter sich. Die Tochter des Mühlentreibers wurde getötet, der Fahrer erlitt schwere Verletzungen, die übrigen fünf Personen kamen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davon. Das Automobil mit den grellen Scheinwerfern ist unerkannt entkommen.

Im Kampf gegen Frau und Schwiegermutter. Ein überaus seltsames Ergebnis hatte in Berlin ein Mordprozess. Wegen Mordversuchs war der Wertungschlosser Otto Dohrmann angeklagt, der nach seinem eigenen Geständnis auf seine Ehefrau mehrere Revolvergeschosse abgegeben hatte. Der bisher unbescholtene Angeklagte hatte im vergangenen Jahre geheiratet und war gezwungen, vorläufig in der Wohnung seiner Schwiegermutter zu wohnen. Dieses Zusammenleben von „Mutter und Sohn“ führte bald die Enttöndung der jungen Eheleute, da die seit 16 Jahren von ihrem Mann getrennt lebende Schwiegermutter sehr selbständig geworden war. Bei jeder Kleinigkeit hatte sie das Wort, und schließlich wurde die ganze Ehe nur noch zu einem Kampfe des Mannes gegen zwei Frauen. Der Angeklagte behauptete dann auch noch, daß die Schwiegermutter in unerwarteter Weise dafür sorgte, daß sich kein Familienunwachs einstelle. Die Sache zeigte sich schließlich so, als die Schwiegermutter dem Angeklagten die Wohnung kündigte. In dieser Situation beschloß D., der Quäl durch Selbstmord ein Ende zu machen. Nach einem erneuten Verhörungsversuch gab der Angeklagte auf offener Straße auf seine Frau mehrere Schüsse ab, setzte dann die Waffe an die Schläfe und brühte ab. Die Patrone verlagte, und die Waffe wurde ihm von Passanten aus der Hand geschlagen. Der Gericht besaßten die Frau sowohl wie die Schwiegermutter den Angeklagten äußerst schwer und behaupteten, daß es sich um einen wohlüberlegten Mordanschlag handelte. Demgegenüber hat der Verteidiger die Geschworenen, sich in die Psyche eines Mannes hinein zu versetzen, der aus Liebe eine Ehe geschlossen und dann nur eine Reihe schwerer Enttäuschungen erlebt hat. Die fortgesetzten Anklagen hätten aus dem Angeklagten einen völlig überreizten Menschen gemacht, der im Affekt schließlich der Waise geantwortet habe, ohne in diesem Augenblick über seine Sinne zu sein. Die Geschworenen kamen dann auch zu einer Verneinung der Schuldfrage, so daß der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden mußte. Ganz nach französischem Muster wurden dem Angeklagten und seinem Verteidiger auf der Straße von einigen hundert Personen Ovationen dazugebracht.